

訊息

Informationen

Marxismus und Atheismus versus Religionsfreiheit Tendenzen in der chinesischen Religionspolitik -----

Die Propagandaabteilung der KP Chinas habe bereits im Mai d.J., so Berichte aus Hongkong, eine vertrauliche Instruktion herausgegeben, in der eine intensivere Strategie zur Eindämmung der Religion und Ausrottung des Aberglaubens sowie zur Verbreitung des Atheismus entworfen wurde. Das Dokument richtet sich an Partei und Regierung, insbesondere an die Erziehungsinstanzen auf allen Ebenen des Staates. Es gebe, so das achtteilige Parteidokument „Weitere Hinweise zur Verstärkung der Propaganda und Erziehung zum marxistischen Atheismus“, das im November d.J. bekannt wurde, „Verwestlichungs- und Desintegrationstendenzen“ unter dem Mantel der Religion, so daß die Regierung geduldig das Volk, insbesondere junge Menschen und Parteikader, beeinflussen müsse, um das Wachstum der Religionen, des Aberglaubens und der „kulturellen Organisationen“ zu stoppen und die Entfaltung des marxistischen Atheismus zu fördern.

Besondere Aufmerksamkeit widmet das Dokument den Bekehrungen unter jungen Menschen und Parteikadern. Um unter diesen Gruppen den Atheismus zu propagieren, möchte die Partei alle möglichen Mittel nutzen, insbesondere aber das Internet (das, andererseits, von derselben Partei nach wie vor enorm restriktiv behandelt wird; von Februar bis August d.J. wurden 1.600 Internetcafés geschlossen; insgesamt haben die Behörden inzwischen 18.000 Cafés aus verschiedenen Gründen zugemacht!) und das Fernsehen. Das Internet soll eine neue Quelle der ethischen Erziehung der jungen Generation werden. Dabei beansprucht die Partei weiterhin das Monopol auf Erziehung. Man will Normen, „Dogmen des wissenschaftlichen Denkens“ und den Materialismus propagieren. Jegliche Form von Aberglauben müsse systematisch ausgerottet werden. Die Sozialwissenschaften sollen sich intensiver mit den Fragen des Aberglaubens, der Pseudowissenschaften und der Kulte beschäftigen; sie sollen aufzeigen, daß diese Phänomene schädlich sind und aus dem Denken der Parteimitglieder und der jungen Menschen entfernt werden müssen. In diesem Sinne sollen die Atheismus-Abteilungen an den Universitäten und Akademien der Wissenschaften erneuert und verstärkt gefördert werden.

Diese Anliegen der Partei sind nicht neu. Seit mindestens einem Jahr gibt es Berichte und Dokumente, die die Bemühungen der Partei um eine „korrekte Ideologie“ bezeugen. Bereits im November 2003, auf dem Dritten Plenum des 16. Zentralkomitees der KP Chinas, sprachen Do-

kumente von einer Krise in der Partei. HU JINTAO sagte sogar, daß die Krise des Staates ihre Wurzeln in der Partei habe. Man stellte fest, daß die Krise unter den Parteikadern „fatal“ sei; Widersprüche wurden konstatiert und eine bessere Partearbeit und -disziplin gefordert. Gleichzeitig rief das ZK zum Studium der Ideen von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN, MAO ZEDONG, DENG XIAOPING und JIANG ZEMIN auf. Materialismus und Atheismus wurden besonders hervorgehoben, der Marxismus als die „führende Ideologie“ abermals beschworen und eine intensive Arbeit an seiner Verbreitung beschlossen. Im Dezember letzten Jahres rief die *Volkszeitung* (*Renmin ribao*) in einem Leitartikel dazu auf, die kommunistische Propaganda- und Ideologearbeit zu verbessern: Konzepte, Inhalte, Methoden und das administrative System in der Partei sollen im Lichte der „Drei Vertretungen“ JIANG ZEMINS [*sange daibiao*, d.h. die KP Chinas repräsentiert (1) die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, (2) die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und (3) die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas] erneuert werden, um dem Aufbau einer „wohlhabenden Gesellschaft“ (*xiaokang shehui*) zu dienen. Natürlich beinhaltete diese Arbeit auch die Verbreitung des Atheismus und die Beseitigung der Religion. Im Januar 2004 publizierte die Parteizeitschrift *Qiushi* (Die Wahrheit suchen) den Artikel „Festhalten am Atheismus, Bekämpfen der Pseudo-Wissenschaft“, in dem ein Mitglied des Politbüros die Verbreitung eines „Neo-Theismus“ und „Pseudo-qigong“ auch unter den Parteimitgliedern beklagte. Im August d.J. fand an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing der Chinesische Philosophiekongreß statt (mit 900 Philosophen aus ganz China), auf dem man die Bedeutung der Erforschung des Marxismus und des marxistischen Atheismus erörterte. Die Themen des Kongresses waren signifikant, u.a. „Tradition oder Modernität“, „Osten oder Westen“, „Wissenschaft und Technologie oder Humanismus“. Alle philosophischen Fragen wurden im Lichte der „Drei Vertretungen“ diskutiert, die bereits seit geraumer Zeit zu einem Leitmotiv aller theoretischen Überlegungen in der VR China geworden sind.

Alle diese Bemühungen scheinen aber ohne Ergebnis geblieben zu sein, denn ab Mitte 2004 tauchte das Thema der Zugehörigkeit zur Religion erneut auf, und zwar in einer restriktiven Form.

Parteimitgliedschaft und Christentum. Die Sorge um die Religiosität, insbesondere der Parteimitglieder, scheint in diesem Sommer und Herbst in den Partei- und Regierungsgremien einen hohen Stellenwert eingenommen zu haben. Diese Sorge weist natürlich sehr deutlich auch auf das Phänomen selbst hin. Daß es unter den Angehörigen der Religionen und religiösen Bewegungen in China (u.a. bei den christlichen Kirchen oder Sekten genauso wie z.B. bei *fa-lungong*) Parteimitglieder gibt, ist seit langem bekannt. Nach einer früheren Erhebung zur Mitgliederstruktur der sog. „Jünger-gemeinschaft“ (*Mentuhui*) in einem Kreis der Provinz Sichuan waren rund 5% der Anhänger Parteimitglieder. Zudem sind in einigen Dörfern ehemalige Parteifunktionäre der Gemeinschaft beigetreten. In einem Kreis der Provinz Shaanxi waren bereits 1995 rund 100 Partei-

mitglieder und 80 Abgeordnete des Volkskongresses der Provinz Mitglieder der örtlichen „Jüngergemeinschaft“. Offensichtlich ist die Religionszugehörigkeit von Kadern, die der nationalen Minderheit der Hui angehören (siehe dazu weiter unten). Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von *falungong* hat die Partei selbst auch auf die Zugehörigkeit von Parteimitgliedern zu dieser oder anderen *qigong*-Bewegungen hingewiesen. Die religiöse Zugehörigkeit von Parteikadern scheint also inzwischen ein Problem von nationaler Tragweite darzustellen.

Nach Angaben der Zeitschrift *Zhengming* (September 2004, S. 20-22) beträgt die Zahl der katholischen und protestantischen Christen zusammen fast 50 Mio. Gläubige. Davon seien 10,6 Mio. Mitglieder der KP Chinas, berichtet die Zeitschrift. Von den über 60 Mio. Mitgliedern der KP Chinas sollen 10,6 bis 10,8 Mio. verschiedenen Religionen angehören. Jährlich treten ca. 300.000 Parteimitglieder in die katholische oder protestantische Kirche ein.

Neue Dokumente. Auch wenn diese Zahlen z.Zt. nicht verifizierbar sind, ist es doch bemerkenswert, daß die Partei im August d.J. restriktive Dokumente herausgegeben hat, die die Beteiligung von Parteimitgliedern am religiösen Leben eliminieren sollen. Darüber hinaus ist auf höchster Ebene für diese Zwecke ein Büro entstanden: *Zhongyang zongjiao shiwu gongzuo bangongshi* 中央宗教事务工作办公室 (in etwa: Zentrales Büro für die Arbeit an den Religionsangelegenheiten; das Verhältnis dieses Büros zum Nationalen Büro für Religiöse Angelegenheiten *Guojia zongjiao shiwuju* 国家宗教事务局, im Englischen neuerdings bekannt als *State Administration for Religious Affairs*, *SARA*, ist nicht klar). Die Dokumente betreffen natürlich nicht nur die christliche Religion, sondern Religionen bzw. Religiosität im allgemeinen, doch werden die christlichen Kirchen besonders hervorgehoben. (Den Wortlaut dieser Dokumente werden wir in *China heute* veröffentlichen, sobald sie uns vollständig vorliegen.)

„**Dokument 8.12.**“, d.h. vom 12. August d.J.: „Guanyu dangyuan, dangyuan ganbu dui zongjiao xinyang wenti de yuanze he taidu“ 关于党员、党员干部对宗教信仰问题的原则和态度 (Grundsätze und Haltung gegenüber der Frage des religiösen Glaubens bei Parteimitgliedern und Parteikadern).

Dieses Dokument verbietet Parteimitgliedern, Kadern und leitenden Beamten den nicht-öffentlichen (*fei gongkai*) Eintritt in eine religiöse Gemeinschaft und die Teilnahme an religiösen Aktivitäten; es verbietet ihnen zu verheimlichen, daß sie persönlich einen religiösen Glauben haben oder daß sie selbst in eine religiöse Gemeinschaft eingetreten sind. Das Dokument fordert die Parteimitglieder dazu auf, Fälle von religiöser Zugehörigkeit oder Teilnahme an religiösen Aktivitäten innerhalb einer festgesetzten (hier nicht genannten) Zeit nach der Promulgation dieses Dokumentes einer höheren Instanz schriftlich zu melden. Wird diese Frist nicht eingehalten, werde man genauso wie im Falle des Verschweigens bestraft.

Dem Dokument zufolge liegen aus den letzten drei Jahren bereits über 230 konkrete Namen von höheren Kadern in Hebei, Henan, Jiangsu, Zhejiang u.a. Provinzen vor, die Angehörige einer Religion waren oder an religiö-

sen Aktivitäten teilgenommen haben, d.h. Gläubige (*xintu*) geworden sind und deshalb aus der Partei ausgeschlossen und/oder aus den Ämtern entlassen bzw. pensioniert wurden.

„**Dokument 8.17.**“, d.h. vom 17. August d.J.: „Guanyu jiaqiang dui zongjiao shiwu gongzuo lingdao de ruogan yijian“ 关于加强宗教事务工作领导的若干意见 (Einige Ansichten bezüglich der Verstärkung der Religionsarbeit der Leitungsgremien).

Dieses Dokument verpflichtet die Parteileitungen und Lokalregierungen, Entwicklung, Aktivitäten und Rahmen etc. der religiösen Organisationen in der jeweiligen Region detailliert zu erfassen und eine langfristige und stabilisierende Arbeitsstrategie vorzubereiten, um die religiösen Aktivitäten gut zu verwalten und zu ordnen. Das Dokument formuliert eine zweifache Richtung der Religionspolitik: „Vier Nein“ (*si bu*) und „Fünf Verbote“ (*wu buzhu*).

Die „Vier Nein“ sind nach Angaben von *Zhengming*: 1. Man darf nicht mit ausländischen religiösen Organisationen oder Gruppen (*waiguo zongjiao zuzhi, tuanti*) Beziehungen der Unterordnung oder gegenseitigen Abhängigkeit etablieren; 2. Man darf nicht mit ausländischen internationalen religiös-politischen Organisationen oder Gruppen Beziehungen oder Verbindungen etablieren; 3. Man darf ausländischen religiösen Organisationen oder Gruppen, die einen politischen Charakter haben, weder beitreten noch an ihren religiösen Aktivitäten teilnehmen; 4. Man darf an religiös-politischen Aktivitäten ausländischer religiöser Organisationen oder Gruppen weder teilnehmen noch dazu eine Beziehung haben.

Die „Fünf Verbote“ sind: 1. Es ist (chinesischen) religiösen Organisationen oder Gruppen verboten, mit fremden, ausländischen religiösen Organisationen oder Gruppen Beziehungen der Unterordnung oder gegenseitiger Abhängigkeit in organisatorischer oder politischer Hinsicht zu etablieren; 2. Es ist (chinesischen) religiösen Organisationen oder Gruppen verboten, unter dem Deckmantel der Religionsverbreitung politisch-soziale Aktivitäten durchzuführen; 3. Es ist (chinesischen) religiösen Organisationen oder Gruppen verboten, unter dem Deckmantel der Religionsverbreitung Aktivitäten durchzuführen, die gegen die Verfassung und das Gesetz sind oder zum Kampf gegen die Verfassung und das Gesetz auffordern; 4. Es ist (chinesischen) religiösen Organisationen oder Gruppen verboten, in den Partei- und Staatsstrukturen, in den Rechts- und Justizstrukturen Gläubige anzuwerben, eigene Strukturen aufzubauen oder andere (religiöse) Aktivitäten durchzuführen; 5. Es ist (chinesischen) religiösen Organisationen oder Gruppen verboten, auf dem Lande unter dem Deckmantel (mit Hilfe) der Religionsverbreitung und unter dem Namen der Gemeinschaft von Gläubigen politische Organisationen zu entwickeln.

Das Dokument macht darüber hinaus bekannt, daß die Stärke und der Einfluß illegaler religiöser Gruppen in den Städten und auf dem Lande wie auch die Stärke der Aktivitäten gegen die aktuelle Religionspolitik überhand genommen haben (*changjue*, wörtl. „Unwesen treiben“). Dies gehe sogar so weit, daß einige Religionsangehörige (bzw. Religionen) teilweise bereits die Macht in diversen Partei- und Regierungsstellen, im Rechts- und Justizwesen erlangt hät-

ten. Dies äußere sich vor allem darin, daß man im Namen der Religion bestimmte gesellschaftliche Schichten, die mit den Gegebenheiten nicht zufrieden seien, schütze, um politische, herausfordernde und feindliche Aktivitäten zu organisieren, zu entwickeln und durchzuführen. Eine weitere Methode sei Infiltration. Die Infiltration im Land wiege auf und provoziere Streit- und Protestbewegungen der Arbeiter. Man benutze sie, um daraus einen politischen Kampf großen Ausmaßes auf Lokalebene, auf der Ebene von mehreren Gebieten sowie auf dem Lande und in den Städten zu führen.

Angesichts dieser neuen Umstände bestimmt das Dokument, daß die Regierungs-, Sicherheits-, Justiz- u.a. Behörden aufmerksam alle Aktivitäten bzw. Bewegungen verfolgen sollen, die Hinweise geben auf die Stärke bzw. den Einfluß der religiösen Untergrundkräfte, auf die Verbindungen zwischen Religion und Politik, auf neue Tendenzen bei feindlichen ausländischen Kräften, auf Veränderungen und politische Internationalisierung der religiösen Gruppen usw. Denn die Manipulation der Religion und die Benutzung des Deckmantels von Religion seien ein wichtiger Teil der westlichen Strategie gegenüber China.

„Dokument 8.21.“, d.h. vom 21. August d.J.: „Guanyu dazhuan yuanxiao zongjiao tuanti he zongjiao huodong de ruogan yijian“ 关于大专院校宗教团体和宗教活动的若干意见 (Einige Ansichten bezüglich religiöser Gruppen und religiöser Aktivitäten an Universitäten und Hochschulen).

Dieses Dokument betont, nach Angaben von *Zhengming*, daß es verboten sei, an Universitäten und Hochschulen religiöse Aktivitäten oder religiöse Zeremonien durchzuführen. Es sei verboten, Bauten zu errichten, die in der Architektur religiöse Elemente beinhalten. Lehrkörper oder Studenten, die der Partei und zugleich einer religiösen Organisation oder Gruppe angehörten, sollten nach Bekanntwerden dieser Tatsache ausnahmslos aus der Partei ausgeschlossen oder verpflichtet werden, die Partei zu verlassen.

Das Dokument weist darauf hin, daß angesichts der schnellen und starken Zunahme der Gläubigen in den Provinzen Guangdong, Jiangsu, Fujian, Zhejiang, Hunan, Hubei, Hebei, Henan sowie in den Städten Beijing, Shanghai und Chongqing die dortigen Lokalregierungen ratlos und konzeptionslos seien. Daher habe die Zentralregierung neue politische Richtlinien und Anweisungen entwickelt. Die Sicherheitsbehörden seien aufgefordert worden, die religiösen Organisationen und Aktivitäten in diesen elf Provinzen bzw. regierungsunmittelbaren Städten aufzuspüren und den entsprechenden Abteilungen der Zentralregierung eine Liste vorzulegen.

Religion, Gesetz und Religionsfreiheit. Religion und Religionspolitik wurden in der letzten Zeit auch auf anderen Ebenen thematisiert. Während der Konferenz „Religionen und das Gesetz“ an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing im Oktober d.J. stellte ZHANG XUNMOU, Leiter der Politischen und Rechtlichen Abteilung des Büros für Religiöse Angelegenheiten, fest, daß der chinesische Staat von der rigorosen Kontrolle der Religionen und der willkürlichen Einmischung in religiöse Angelegenhei-

ten abrücken möchte. Die Religionsgemeinschaften sollen nun mehr Autonomie bekommen. Die Zeit der administrativen Kontrolle des Staates über die Religionen sei vorbei, es komme die Zeit des Gesetzes und der Grenzen der staatlichen Macht. Die neue Religionspolitik soll die Religionen und den Staat auf eine Stufe stellen, mit je eigenen Rechten und Pflichten. Es sei an der Zeit, daß die Religionen auch in finanzieller Hinsicht auf eigenen Füßen stünden (d.h. ohne Unterstützung des Staates) und – da einige Religionsgemeinschaften reich seien – Steuern zahlten und dadurch zur Entwicklung des Landes beitragen. Dies alles bedeute einen wesentlichen Paradigmenwechsel in der Religionspolitik – ZHANG bezeichnete es gar als revolutionär. Die Regierung bereite auf jeden Fall ein „umfassendes Religionsgesetz“ vor. Ein Zeitpunkt der Promulgation eines solchen Gesetzes wurde aber nicht genannt. Der Weg dahin scheint weiterhin nicht einfach und noch sehr lang zu sein.

Doch Vorrang hätten für die chinesische Regierung nicht Reformen und Veränderungen in diesem Bereich, sondern die soziale Stabilität – sagte während derselben Konferenz JI WENYUAN, stellvertretender Direktor des Büros für Religiöse Angelegenheiten. Soziale Stabilität und Harmonie seien die Grundlage eines Religionsgesetzes, und in der „besonderen Situation Chinas“ müsse man dies berücksichtigen. JI WENYUAN kühlte auch die Erwartungen im Hinblick auf ein Religionsgesetz ab und betonte, daß China keinesfalls ein westlich orientiertes Religionsgesetz einführen werde, da eben die Situation in China anders sei. In seiner Sicht stehen die Interessen des Staates und nicht die der Religionen an erster Stelle. Hier gebe es seiner Meinung nach auch oft Übereinstimmung mit den Religionen, denn – beispielsweise – protestierten die Religionen nicht gegen die Ein-Kind-Politik.

Angesichts des enormen Anstiegs der Religiosität sowie sozialer Unruhen mit ethnischen und religiösen Komponenten sind Partei und Regierung besorgt bezüglich der Rolle, welche die religiösen Gemeinschaften spielen könnten, z.B. als Kräfte der Opposition bzw. der Rebellion oder einfach als starke soziale Kräfte in der chinesischen Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb wurde auf der erwähnten Konferenz die Rolle der aufblühenden Volksreligiosität, also einer Form von Religion, die offiziell nicht anerkannt ist, zumindest von einigen Religionswissenschaftlern artikuliert. Man solle, so JIN ZE, stellvertretender Direktor des Instituts für Weltreligionen an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die Volksreligiosität umdefinieren und sie – neben den fünf offiziell anerkannten Religionen Daoismus, Buddhismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus – als legitime Form der Religion anerkennen, damit man ihre Aktivitäten auch gesetzlich „regulieren“ könne.

Während der Konferenz wurde erneut sichtbar, daß man Religionsfreiheit in der VR China als etwas vom Staat Gewährtes, eine „Staatsgnade“ und Konzession und nicht als unverzichtbares Menschenrecht ansieht. So wurde dort auch von einigen Parteivertretern festgestellt, daß der chinesische Staat niemals auf die Kontrolle der Religionen verzichten werde. Damit sind der verfassungsmäßig verankerte Schutz der religiösen Aktivitäten sowie die vor eini-

ger Zeit in die Verfassung aufgenommenen Menschenrechte (siehe *China heute* 2004, S. 66f.) juristisch weiterhin nicht einklagbar. Sinnvoll scheint ein Religionsgesetz aber nur dann, wenn die Religionsfreiheit als ein Menschenrecht anerkannt und nicht als ein Zugeständnis des Staates verstanden wird.

Menschenrechte und Religionsfreiheit. Im Zusammenhang mit der Frage der Menschenrechte und der Religionsfreiheit hat der in Hongkong lebende Gewerkschaftler HAN DONGFANG (der nach seiner Ausweisung aus China inzwischen Christ geworden ist) in einem Interview die Europäische Union dazu aufgerufen, Asien und China nicht nur als wirtschaftlichen Markt zu betrachten, sondern auch als ein Gebiet, in dem Menschen leiden. „Religionsfreiheit ist nicht eine Frage der Kultur, sondern eine Frage der Menschenrechte“, sagte HAN. „Als menschliches Wesen habe ich das Recht, meinen Glauben zu äußern, ohne die Kontrolle der Partei.“ Auch die Europäische Union und die USA sollten seiner Meinung nach jede Gelegenheit nutzen, um auf die Frage der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in China hinzuweisen. Solche Botschaften könnten zu einigen Veränderungen in diesen Bereichen beitragen.

Auf die zwar in einigen Bereichen ein wenig verbesserte, doch den internationalen Standards immer noch nicht entsprechende Menschenrechtslage in China weist – wie jedes Jahr – der Bericht der China-Kommission des US-Kongresses (*Congressional-Executive Commission on China, CECC*) hin, der am 5. Oktober d.J. in Washington herausgegeben wurde. Besorgt zeigen sich die Mitglieder der Kommission, die im Jahre 2000 entstanden ist und bereits zum dritten Mal einen Bericht vorlegt, insbesondere bezüglich der fehlenden Religionsfreiheit und der Unterdrückung verschiedener religiöser Praktiken. Die Unterdrückung von Katholiken, Protestanten und tibetischen Buddhisten habe im letzten Jahr zugenommen – heißt es in dem Bericht. Auch der Islam, insbesondere in Xinjiang, unterliege strenger Kontrolle. Die Bekämpfung von *falungong* dauere an. In dem Bericht werden auch andere Verstöße genannt, so z.B. gegen die Rede- und Pressefreiheit. Auch im Hinblick auf die Freiheiten in Hongkong äußert der Bericht große Besorgnis. China bleibt also ein Land von „particular concern“.

Sowohl der obengenannte Bericht des Kongresses (*International Religious Freedom Report 2004*) wie auch der von Außenminister COLIN POWELL vorgestellte Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums wurde von der chinesischen Regierung wie von offiziellen Vertretern der anerkannten Religionen entschieden zurückgewiesen. Regierungssprecher KONG QUAN äußerte höchste Unzufriedenheit seitens der chinesischen Regierung und stellte fest, daß der Bericht des US-Außenministeriums die Fakten verzerre und eine unvernünftige und unverantwortliche Kritik an Chinas Religionspolitik darstelle; er sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas. Die wahren Fakten seien nämlich klar: China respektiere die Religionsfreiheit und schütze die religiösen Rechte der Bürger; alle ethnischen Gruppen und Menschen im ganzen Land erfreuten sich der Religionsfreiheit. Die USA müßten daher diesen Bericht korrigieren und aufhören, sich in die

inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, andernfalls werde dies Schatten auf die sino-amerikanischen Beziehungen werfen.

Die Vertreter der offiziell anerkannten Religionen Chinas kritisierten die US-Berichte in demselben Geist. Als Belege für die Religionsfreiheit nannten sie verschiedene Zahlen: So gebe es in ganz China beispielsweise über 200 (lokale) Daoistische Vereinigungen und 30.000 daoistische Priester (im Jahre 1980 waren es nur 2.000). Auf katholischer Seite gebe es über 6.000 Kirchengebäude, und jährlich würden mehr als 90.000 Personen getauft; über 100 Priester, Seminaristen und Schwestern studierten im Ausland. Daß sich auch der Islam der Religionsfreiheit erfreue, sollen die über 20.000 Moscheen in Xinjiang belegen; darüber hinaus erhielten mehr als 10 Mio. chinesische Muslime medizinische Beihilfe von der Zentralregierung bzw. von den Provinzregierungen in Höhe von 3 Mio. *Yuan*. Die Religionsfreiheit sei also, so die Vertreter der Religionen, in der VR China eine Realität, und die US-Berichte seien unverantwortlich. Wenn es um die nichtregistrierten bzw. Untergrundkräfte der Religionen gehe, die in den Berichten genannt würden, so seien diese keine religiösen Organisationen, sondern illegale Gruppen, deren Ziel es sei, die Stabilität und die soziale Ordnung in China zu stören und unter dem Deckmantel der Religion die Gesundheit der Menschen zu beeinträchtigen. Die USA sollten, so der Wunsch der Religionsvertreter, ihr „tyrannisches Verhalten“ der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker im Namen der Religionsfreiheit sofort beenden.

N.B.: (1) Für die Religionsfreiheit in der VR China demonstrierten am 1. Oktober d.J. in Hongkong zahlreiche Katholiken. Für das chinesische *Liaison Office* wurde eine Petition mit 2.500 Unterschriften vorbereitet, jedoch nicht entgegengenommen, da angeblich niemand in dem Gebäude war. Die Aktion wurde von der Kommission *Justitia et Pax* der Diözese Hongkong organisiert.

(2) Für Bundeskanzler Schröder, der in diesen Tagen China besuchte, waren – wie schon früher für den französischen Staatspräsidenten – die Menschenrechte und die Freiheiten, inklusive Religionsfreiheit, offensichtlich nur Randfragen. Der oben erwähnte Aufruf von HAN DONGFANG bleibt also nach wie vor höchst aktuell.

Quellen: *AsiaNews* 25., 28.10.2004; *China Daily* 17.09.2004; *The China Post* 7.10.2004; *The Epoch Times* 30.11.2004; *Kyodo News Service* 16.11.2004; *People's Daily Online* 10.10.2004; *PRC-FM* 17.09.2004; *Qushi* 16.11.2003; 1.01.2004; *Radio Free Asia* 30.11.2004; *RMRB* 24.12.2003; *SCMP* 19.10.2004; *SE* 31.10.2004; *The Standard* 2.11.2004; *Voice of America* 30.09.2004; www.asianews.it; www.cecc.gov; www.forum18.org; www.state.gov; *Xinhua* 9.08.; 16.09.2004; *Zhengming* 1.11.2003; 1.09.2004.

ROMAN MALEK

Ethnische und soziale Unruhen in China -----

Die unterschiedlich bedingten Unruhen in vielen Teilen Chinas hielten auch in diesem Herbst an. Nach Polizeistatistiken wurden bereits 2003 in China 58.500 meist friedlich verlaufene Demonstrationen gezählt – es waren 15 % mehr als im Vorjahr (siehe *China heute* 2004, S. 69). Fachleute prophezeien eine steigende Tendenz für dieses Jahr, was die bisherigen Unruhen zu bestätigen scheinen. Neben der

sozialen Komponente kam diesmal auch die bisher unterschätzte ethnische hinzu. Beide Komponenten werden – sagen Experten voraus – bis 2010 die wahrscheinlichste Quelle einer möglichen Krise in der VR China bilden.

Gewaltsame ethnische Unruhen zwischen Muslimen (Hui-Nationalität) und Han-Chinesen in der Provinz Henan in der letzten Oktoberwoche verursachten den Tod zahlreicher Personen (die Angaben hierzu sind sehr widersprüchlich, sie schwanken zwischen sieben und 148 Todesopfern) und waren der Grund für die Ausrufung des Ausnahmezustandes in der Provinz. Die Unruhen entzündeten sich (so eine Version der Ereignisse) am 27. Oktober an dem Tod eines sechsjährigen chinesischen Mädchens, das von einem Hui-Taxifahrer angefahren und getötet wurde. Die Verwandten und Bekannten des Mädchens seien daraufhin „bewaffnet“ (*xiedou*) zum Wohnort des Taxifahrers im Kreis Zhongmou (zwischen Zhengzhou und Kaifeng) gefahren, um Entschädigung zu verlangen, doch sei es schnell zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Han und den Hui in den Dörfern Nanren und Nanweitan gekommen. Dieser Unfall habe nämlich auch alte Vorurteile und Beschuldigungen provoziert, die dann zur Entfachung der mehrere Tage andauernden Unruhen führten, in die ca. 1.000 Han-Chinesen und 4.000 bewaffnete Polizisten sowie mindestens 500 Hui involviert waren. Mehrere Häuser und eine Fabrik wurden zerstört. Hui aus anderen Provinzen organisierten sich, um nach Henan zu fahren, wurden jedoch von der Polizei gestoppt. Die chinesischen Medien (*Xinhua*) berichteten über diese Unruhen erst am 2. November und gaben die Zahl der Toten mit 42 an.



Karte der Provinz Henan mit größeren katholischen Gemeinden. *Guide to the Catholic Church in China* 2004, S. 521.

Die Provinz Henan. Die bevölkerungsreiche Provinz Henan (167.000 qkm, 92,56 Mio. Einwohner) liegt am Mittel- und Unterlauf des Gelben Flusses. Die Hauptstadt der Provinz ist Zhengzhou. Über 82% der Bevölkerung lebt auf dem Lande. Mehr als 98% der Bevölkerung sind Han-Chinesen,

1,18% sind Hui. Ihre Geschichte und die ihrer Religion, des Islam, in der Provinz Henan geht bis in die mongolische Yuan-Dynastie (1279–1368) zurück. Die Hui unterscheiden sich heute von den Han-Chinesen allerdings nur durch ihre Zugehörigkeit zum Islam.

In der Provinz Henan befinden sich historisch bedeutende Orte wie Anyang, Luoyang und Kaifeng. In Kaifeng lebten seit der Song-Zeit (960–1279) auch Juden, die sich jedoch – wie die Hui – gänzlich assimilierten. Wegen der Forderung an die chinesische Regierung, ihnen den Status einer nationalen Minderheit zuzugestehen, erregten die Nachfahren der Juden von Kaifeng im Jahre 1995 großes Aufsehen, vor allem im Ausland (vgl. den Artikel „Jüdische Spuren in China“ in den INFORMATIONEN dieser Nummer).

In der Provinz Henan leben auch zahlreiche Christen. Die katholischen kirchlichen Strukturen wurden dort 1844 durch die Lazaristen (CM) geschaffen. Heute gibt es in der Provinz acht Diözesen (Zhengzhou, Kaifeng, Luoyang, Zhumadian, Xinyang, Nanyang, Xinxiang, Anyang) mit einem offiziellen und fünf inoffiziellen Bischöfen. Die Zahl der Katholiken wird auf 60.000–70.000 geschätzt. In Henan arbeiteten bis 1949 neben den Lazaristen auch die PIME-Missionare, Xaverianer (SFXP), Augustiner (OESA) und Steyler (SVD). Heute sind dort 60 chinesische Priester und über 220 Ordensfrauen tätig.

Weitere Unruhen. Unruhen werden auch aus der Provinz Sichuan gemeldet, wo im Kreis Hanyuan über 50.000 Bauern mehrere Wochen lang gegen den Pubugou-Stammdamm protestierten. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei wurde eine Person getötet, was zu einer Ausweitung der Proteste führte. 10.000 Polizisten und Soldaten wurden zum Schutz des Projektes eingesetzt. Auch in Wanzhou, einer Vorstadt der Metropole Chongqing, gab es Unruhen und Proteste gegen korrupte Funktionäre.

In Xinyang (Shaanxi) blockieren Arbeiter bereits seit September eine Baumwollfabrik, da sie nicht entlohnt wurden und darüber hinaus Entlassungen befürchten. Arbeiterproteste und -blockaden gab es in diesem Herbst auch in Nanjing (Jiangsu) und in Wenzhou (Zhejiang).

Proteste gibt es zudem in der Inneren Mongolei wegen einer angeblichen Verlegung der Grabstätte von DSCHINGIS KHAN und dem Bau seines Mausoleums an einem touristisch attraktiveren Ort.

Diese Unruhen reihen sich in die immer wieder auftretenden sozialen Unruhen auf dem Lande und unter den Arbeitern ein, auf die wir schon aufmerksam gemacht haben (siehe dazu *China heute* 2004, S. 69). Die Unruhen in Henan, im Herzen Chinas, sind jedoch die größten bisher bekannten interethnischen Unruhen in den letzten Jahrzehnten in der VR China. Auch wenn sich hinter diesen Unruhen zunächst kein direkt religiöser Konflikt verbirgt und die Regierung sie als eine „lokale Angelegenheit“ und nicht als ein ethnisches Problem bezeichnet, ist das ethnische Konfliktpotential in ganz China vorhanden und könnte sich blitzartig entladen, entzündet eben an einem nichtreligiösen Funken; dies könnte auch leicht auf andere Provinzen überspringen. „Ein Funke kann einen Steppenbrand auslösen“, sagte MAO ZEDONG. In Beijing, hieß es in den Kommen-

taren, „läuten die Alarmglocken. Die Partei will nun mit ökologischen und sozial-politischen Korrekturen die Konflikte entschärfen.“ Die eigentliche Botschaft all der Unruhen sei, schrieb JOHNNY ERLING im *Rheinischen Merkur*, „daß sie sich jederzeit in anderen Teilen des Landes wiederholen können. Sie sind ein Alarmzeichen für die wachsenden Spannungen zwischen Reich und Arm.“

In den entwickelten Provinzen sind beispielsweise die Hui (ca. 10 Mio. in ganz China), die bisher als in die chinesische Gesellschaft assimiliert und integriert galten, im Vergleich zu den Han-Chinesen sehr arm, sie gelten im allgemeinen als Reformverlierer. Doch auch die anderen Minderheiten in China sind schon aufgrund ihrer je spezifischen Religiosität besonderen sozioökonomischen und kulturellen Diskriminierungen ausgesetzt.

Im Zusammenhang mit den Unruhen in Henan weisen Wissenschaftler der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften auf die Unwissenheit und die dadurch bedingte Arroganz der Han-Chinesen gegenüber Menschen aus anderen ethnischen Gruppen hin. Allein bloße Unhöflichkeit, so einer der Gelehrten, könne daher oft schon ein explosiver Auslöser für Konflikte sein.

DRU GLADNEY von der University of Hawaii, ein bekannter Experte für den chinesischen Islam, ist der Meinung, daß die Zukunft des islamisch-chinesischen Zusammenlebens davon abhängen wird, wie die Muslime durch den chinesischen Staat und die chinesische Gesellschaft behandelt werden. Ein Lernprozeß ist also vonnöten, nachdem jahrzehntelang alles unternommen wurde, die nationalen Minderheiten zu „sinisieren“ bzw. auszurotten. Die Staats- und Parteigremien scheinen dies bemerkt zu haben.

Politik gegenüber den Minderheiten. Die KP Chinas hat am 21. Oktober d.J. eine Studiensitzung des Politbüros des ZK über ethnische Fragen abgehalten, bei der mehrere Wissenschaftler der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften wie auch der Nationalitätenuniversität Vorträge hielten. Generalsekretär HU JINTAO rief in diesem Zusammenhang die Partei dazu auf, sich mehr der Förderung der ethnischen Einheit und Harmonie zu widmen. Ethnische Fragen seien wichtige Fragen in der Arbeit von Partei und Staat. Man habe eine besondere Politik „mit chinesischen Charakteristika“ bezüglich der Nationalitäten entwickelt. Die Han-Nationalität könne ohne die Minderheiten und die Minderheiten könnten ohne die Han-Nationalität nicht leben. Man solle diese Politik auch im Lichte der Theorie von DENG XIAOPING und der „Drei Vertretungen“ (*sange daibiao*) von JIANG ZEMIN studieren und weiterhin implementieren. Das oberste Ziel sei die soziale Harmonie und die historische Aufgabe, eine wohlhabende Gesellschaft (*xiaokang shehui*) aufzubauen. Um all diese Aufgaben richtig ausführen zu können, seien ethnologische, anthropologische, soziologische und religionswissenschaftliche Studien nötig. Man solle zudem die aktuellen Bedingungen in die Theorie integrieren und so die Probleme lösen. Entsprechend sollten auch die Kader (sowohl der Han-Nationalität wie auch – verstärkt – die der Minderheiten) geschult werden (es gibt 2,9 Mio. Kader, die Angehörige nationaler Minderheiten sind).

Kurz vor dieser Parteisitzung rief Kulturminister SUN JIAZHENG auf einer internationalen Konferenz gleichfalls dazu auf, die Kultur der Minderheiten sowie die ganze traditionelle Volkskultur zu bewahren und ein entsprechendes Gesetz hierfür auszuarbeiten. China wolle darüber hinaus ein generelles Programm entwerfen, das sich auf die Jahre bis 2020 beziehe, und entsprechende Finanzen zur Verfügung stellen, teilte SUN mit. Bereits am 1. Juni d.J. berichtete LI DEZHOU, Direktor der Kommission für die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten beim Staatsrat, daß China sich nach dem Gesetz für regionale Autonomie der nationalen Minderheiten richten werde; man wolle sogar das System der regionalen Autonomie verbessern. Die Kader sollten dafür besonders vorbereitet werden. – Ob (allein) damit das Konfliktpotential beseitigt werden kann, ist zu bezweifeln.

Quellen (2004): *BBC* 22.10.; 2.,4.11.; *China aktuell* 2004, S. 1083-1086; *FAZ* 21.10.; 2.,3.11.; *Fokus* 2004/46, S. 274-276; JEAN CHARBONNIER, *Guide to the Catholic Church in China*, Singapore 2004, S. 521-540; *IHT*, 1.,2.11.; *Le Monde* 29.10.; 2.,3.,6.11.; *Rheinischer Merkur* 2004/44, S. 5; *SCMP* 9.09.; 1.-5.11.; *The Straits Times* 8.11.; *Die Welt* 2.11.; www.asianews.it; *Xinhua* 15.10.; 1.,2.11.; *Die Zeit* 28.10. – Über die Hui in Henan, inklusive Zhengzhou, siehe ÉLISABETH ALLÈS, *Musulmans de Chine. Une anthropologie des Hui du Henan* (Paris 2000).

ROMAN MALEK

Islam in China: „Wartemodus“? -----

In Xinjiang ... PATRICIA VON HAHN erinnert in ihrem Artikel „Zwischen Widerstand und Konformität. Zur Diversität uigurischer Identität in Xinjiang drei Jahre nach dem 11. September 2001“ (*China aktuell*, September 2004, S. 991-1004) an den Islam und die Religionspolitik in Xinjiang, der flächenmäßig größten Provinz der VR China. Der Islam ist bei den Uiguren (42% der 19,3 Mio. zählenden Bevölkerung Xinjiangs) Bestandteil der ethnischen Identität, doch das Bekenntnis zum Islam drücke – so die Autorin – „eher die Ablehnung gegenüber dem atheistischen kommunistischen China aus als eine religiöse Weltanschauung“. Sie unterscheidet auch den Ethno-Nationalismus uigurischer Intellektueller, der sich vorrangig über eine türkische bzw. turkestanische Identität konstituiere und sich gegen traditionalistische und fundamentalistische islamische Tendenzen innerhalb der uigurischen Bevölkerung richte. Insbesondere die bäuerlich-ländlich uigurische Oasenidentität sei jedoch „mehrheitlich einem islamischen Traditionalismus verhaftet, der alle Bereiche ihres Lebens durchdringt“. Die Begriffe Tradition und Religion, Uigure und Muslim seien synonym. Doch gebe es Unterschiede zwischen den Oasengesellschaften z.B. in Kashgar und in Turfan. Im wesentlichen teile sich die uigurische Gesellschaft Xinjiangs in zwei Einflußbereiche ein: der eine stehe unter einem säkularistischen und zum Teil europäischen, der andere unter einem zentralasiatisch-islamischen Einfluß. „Die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Einflußsphären bestimmt erheblich über den Grad der Religiosität. Darüber hinaus stellt der Islam in der kollektiven uigurischen Identität einen ‚Schutz‘ und eine ‚Waffe‘ zur Verteidigung gegen chinesische Einflüsse dar.“

Die verschärfte chinesische Religionspolitik gegenüber dem Islam und die strenge Kontrolle seiner praktischen Aus-

übung ist nach PATRICIA VON HAHN eine „der unmittelbarsten innenpolitischen Reaktionen der VR China auf den 11. September 2001“. „Um den islamischen Einfluß in Xinjiang einzudämmen, ist die chinesische Führung bestrebt, den staatlichen Zugriff auf das religiöse Personal Xinjiangs zu erhöhen, andererseits islamisch-extremistische Strömungen aus dem zentralasiatischen Ausland von chinesischem Territorium fernzuhalten.“ Daher gebe es auch intensive politische Schulungen für Imame und ein Verbot für Jugendliche unter 18 Jahren, Moscheen zu betreten und am Religionsunterricht in den Moscheen teilzunehmen. Diskriminierung der Muslime während des Fastenmonats *Ramaḍān* am Arbeitsplatz, in der Schule oder an der Universität sind gleichfalls bekannt.

Der Ausschluß der jungen Generation aus dem religiösen Leben trägt nach Einschätzung der Autorin zur religiösen Entwurzelung der Jugend und zum Verkümmern islamischen Brauchtums bei. So träten der chinesische Säkularismus oder der türkische Kemalismus immer mehr an die Stelle des Islam.

Andererseits setzt sich der Großteil der islamisch-traditionalistischen uigurischen Bevölkerung über das Verbot religiöser Unterweisung hinweg, indem die islamische Erziehung im geheimen („im Untergrund“) stattfindet; zu diesem Zweck werden u.a. private Hausbesuche genutzt. Nach Expertenangaben, die von der Autorin zitiert werden, erhalten solche islamische Untergrundtätigkeiten Unterstützung u.a. von dem *Islamic Movement of Uzbekistan* oder der *Hizb al-Tahrir* in Kirgisien.

Zahlreiche Maßnahmen gegen den Islam werden pauschal im Rahmen der Kampagne gegen „Separatismus“ oder „separatistisches Gedankengut“ durchgeführt. Das Stichwort lautet hier „Kampf gegen Terrorismus, religiösen Extremismus und ethnischen Separatismus“. Nach dem 11. September 2001 ist die Zahl der unter diesem Vorwand Verhafteten rasant gestiegen. Allein in diesem Jahr hat die chinesische Führung bereits fünfzig Muslime Xinjiangs als Terroristen zum Tode verurteilt, obwohl nach dem 11. September 2001 keine Berichte über größere separatistische Vorfälle in Xinjiang vorliegen (siehe *China heute* 2004, Nr. 4-5, S. 131). So fragt PATRICIA VON HAHN, ob das Ausbleiben größerer Erhebungen als „Ruhe vor dem Sturm“, „als Anzeichen wachsender uigurischer Konformität oder gar als Resignation zu deuten ist“, und kommt zu der Feststellung, daß „der staatliche Akkulturationsdruck durch die Xinjiang-Politik der chinesischen Führung seit dem 11. September 2001 besonders bei urbanen, säkularen Uiguren in zunehmender Weise ein staatskonformes Verhalten auslöst“. Des weiteren meint die Autorin, daß sich insbesondere bei den säkularen Uiguren die Auffassung durchgesetzt habe, daß „in der momentan angespannten politischen Situation in Xinjiang die Artikulation spezifisch uigurischer Interessen nur im vorgegebenen rechtlichen Rahmen Aussicht auf Erfolg haben kann“. Doch eine islamische Radikalisierung könne bei einem Teil der uigurischen Bevölkerung nicht ausgeschlossen werden. Nach Einschätzung von Experten befinden sich die zu radikaler politischer Agitation neigenden Uiguren derzeit lediglich im „Wartemodus“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen (ver-

stärkte Ansiedlung von Han-Chinesen, Arbeitslosigkeit unter den Uiguren, Verbreitung von HIV, steigende Drogenabhängigkeit, Mängel im Gesundheitswesen) lautet die Prognose der Experten, es „könnten Zuschreibungen, die Uiguren als ‚islamische Terroristen‘ diffamieren, irgendwann zu einer ‚sich selbst erfüllenden Prophezeiung‘ werden, wenn die parteistaatliche Führung nicht anerkennt, daß nicht der islamische Glaube der Uiguren, sondern die Xinjiang-Politik Chinas die Hauptursache für Konflikteskalationen ist“. (Zur offiziellen chinesischen Sicht über Nationalitäten und Religionen in Xinjiang siehe auch das 2003 vom Presseamt des Staatsrats herausgegebene Weißbuch „Die Geschichte und Entwicklung Xinjiangs“ in der DOKUMENTATION dieser Nummer von *China heute*.)

... und anderswo. Den Islam gibt es aber nicht nur in Xinjiang. Die Unruhen in Henan haben auf die Existenz der Muslime auch in anderen Provinzen aufmerksam gemacht. Nach offiziellen Statistiken gibt es in ganz China ca. 20 Mio. Muslime, die in der Regel friedlich mit den Han-Chinesen zusammenleben (nach Angaben von CHAY NG von der *Malaysian Chinese Tourism Association* sind es 50 Mio.!). Viele davon sind Angehörige ethnischer Minderheiten, neben Uiguren und Hui auch anderer, kleinerer. Ihre Geschichte geht bis in die Tang-Zeit (618–907) zurück, als arabische und persische Händler auf den Seidenstraßen nach China kamen. In der mongolischen Yuan-Zeit (1279–1368) waren die Muslime oft Angehörige der mongolischen Armee und wurden als solche in ganz China angesiedelt. Ihre Zahl wuchs im Laufe der Zeit vor allem auf natürlichem Wege: die Muslime heirateten Han-chinesische Frauen, die konvertieren mußten; deren Kinder wurden natürlich im Glauben des Propheten erzogen. Konversion von Han-Chinesinnen durch Heirat gibt es bis heute, auch in Beijing, wie es vor kurzem in *China Daily* (14. Oktober 2004) beschrieben wurde. Der Islam inkulturierte und sinisierte sich so tief, daß man bereits für das 15. Jh. von einem „chinesischen Islam“ spricht.

Heute ist der Islam die Religion von mindestens zehn der 56 nationalen Minderheiten Chinas – der Uiguren, Hui, Kasachen, Usbeken, Kirgisen, Tataren, Tadschiken, Dongxiang, Salaren und Bao'an. Die Muslime leben vor allem in den Provinzen Xinjiang, Ningxia, Qinghai, Gansu, aber auch in Beijing, Shaanxi, Guangzhou, Henan, Hebei und im Südwesten Chinas. Auch in Tibet gibt es Muslime. Der erwähnte Artikel in *China Daily* betont, daß die chinesischen Muslime ihr religiöses Leben ernst nähmen, vor allem das tägliche fünfmalige Gebet in Richtung Mekka (*ṣalāt*), das gemeinschaftliche Gebet am Freitag (*ḡum'a*), das Fasten während des *Ramaḍān* und andere Vorschriften und Feste. Auch dieses Jahr wurde das Ende des *Ramaḍān* am 14. November feierlich begangen. Allein im Autonomen Gebiet Ningxia der Hui nahmen an den Gebeten, die aus diesem Anlaß in den Moscheen verrichtet wurden, über 1,9 Mio. Muslime teil. Große Besucherzahlen werden auch aus Xining, der Hauptstadt von Qinghai, gemeldet. Die Provinzregierungen und die Parteisekretäre senden normalerweise an die Gemeinden aus diesem Anlaß Glückwünsche, in denen auch der Beitrag der Muslime zur Entwicklung der Region betont wird. Es gibt aber auch höhere

Beamte und Parteikader, die persönlich an den Feierlichkeiten teilnehmen (u.a. deshalb, weil sie selbst Hui sind). Auch in Beijing fanden entsprechende Feierlichkeiten mit großen Teilnehmerzahlen statt.

Der Islam blüht in China auf – so wird in dem erwähnten Artikel ein Imam zitiert. Die aus dem 14. Jh. stammende Niujie-Moschee in Beijing, die größte der Stadt, wurde mit Hilfe der Regierung (400.000 Yuan) renoviert und wird stolz den muslimischen Besuchern aus der ganzen Welt gezeigt. In der Stadt gibt es 68 Moscheen und in ganz China über 38.000, heißt es. Nach offiziellen Statistiken gibt es in China ca. 50.000 Imame (*ahong*). Die für jeden Muslim obligatorische Wallfahrt nach Mekka wird von China aus seit Jahren organisiert. In den letzten zehn Jahren pilgerten jährlich über 4.000 chinesische Muslime nach Mekka (es gibt diesbezüglich eine von Saudi-Arabien festgelegte Quote) und werden zu *hajji*. Die Pilgerfahrten werden von der Chinesischen Islamischen Vereinigung organisiert.

Friedliches Zusammenleben. Ein Beispiel des interethnischen Zusammenlebens brachte die Nachrichtenagentur *Xinhua*. Im Autonomen Bezirk Linxia, der in der Provinz Gansu als „kleines Mekka“ gilt, leben Menschen aus unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen zusammen. Die Bevölkerung des Bezirks beträgt 1,92 Mio. Menschen, davon sind 56% Hui; andere ethnische Gruppen sind Dongxiang, Bao'an, Salaren, Han-Chinesen, Tibeter, Mongolen und Tu. Die Mehrheit der Bevölkerung bekennt sich zum Islam, doch sind darunter verschiedene islamische Richtungen vertreten. Darüber hinaus gibt es Buddhisten, Daoisten, Katholiken und Protestanten. Konflikte zwischen diesen Gruppen gab es dem *Xinhua*-Bericht zufolge nicht. In der Region finden sich 2.909 Kultstätten, davon 2.528 Moscheen, 295 buddhistische Tempel und 105 Lamaserien. Es gibt eine protestantische Kirche; in den letzten zwanzig Jahren wurden über 2.000 Personen getauft. Zum lamaistischen Bao'en-Tempel aus dem 4. Jh. kommen wöchentlich über 10.000 Buddhisten. Alle Gruppen und Gläubigen arbeiten zum Wohl des Staates zusammen – bestätigten sowohl die Vertreter der Religionen wie auch die zuständigen Kader.

Quellen (2004): *FEER* 15.07.; *RMRB* 1.07.; *SCMP* 9.09.; www.forum18.org; *Xinhua* 1.07.; 14.11.; *Zaman* (Istanbul) 19.10. – Zum Islam in China siehe auch WANG JIANPING, „Einheit in Vielfalt: Wiederaufleben des Islam im heutigen China“, in: *China heute* 2003, S. 227-234.

ROMAN MALEK

Nachrichten aus dem Buddhismus -----

„Wutaishan-Kultur“, die Weisheit des Bodhisattva MAÑJUŚHRĪ und der Aufbau einer fortschrittlichen chinesischen Kultur. Auch der Buddhismus kann für den Aufbau Chinas eingesetzt werden. Ein Artikel der offiziellen chinesischen Tageszeitung *Guangming ribao* legte am 21. September die „moderne Bedeutung der Wutaishan-Kultur“ dar. Der in der Provinz Shanxi gelegene Wutaishan ist einer der fünf heiligen Berge und eines der ältesten buddhistischen Zentren Chinas. Dem Artikel zufolge hat er eine einzigartige Kultur hervorgebracht, die insbesondere vom Buddhismus und der Geschichte, aber auch von der Natur geprägt ist.

Systematisch erforscht, kreativ modernisiert und an den Sozialismus angepaßt, könne sie zum Aufbau einer fortschrittlichen Kultur beitragen.

Interessant sind einige der Punkte, in denen der Autor die „moderne Bedeutung der Wutaishan-Kultur“ sieht. Einmal sei der Wutaishan wichtig für die Einheit der Nationalitäten, insbesondere der Han und der Tibeter. Für beide sei er ein Ort der Verehrung des Bodhisattva WENSHU (MAÑJUŚHRĪ), der die Weisheit verkörpert. Er sei zudem der einzige Berg Chinas, auf dem chinesischer und tibetischer Buddhismus zusammenleben. Die bemerkenswerteste Besonderheit der Wutaishan-Kultur (und dies ist auch die bemerkenswerteste Aussage des Artikels) sei die philosophische Sicht und Wertvorstellung, die die Weisheit des WENSHU/MAÑJUŚHRĪ biete. Diese Weisheit habe – trotz einiger darin enthaltener „idealistischer Verunreinigungen“ – auch für die heutige Gesellschaft eine aufklärerische Bedeutung. Wenn man die nützlichen Nährstoffe herausziehe und sie umwandle in die von den heutigen Menschen benötigte Weisheit der Ökologie, der Ethik, des Friedens, der Harmonie und des Herzens, könne diese älteste östliche Weisheit neue Lebenskraft entfalten. Außerdem habe der Wutaishan als heiliger Ort des Buddhismus sowie als Sommerfrische- und Tourismusregion einen gewaltigen touristischen und wirtschaftlichen Wert. Seine Anerkennung als „Naturerbe“ und „Kulturerbe“ der Welt müsse beschleunigt werden.

Ganz im Sinne des Artikels begann am 16. August am Wutaishan das „erste internationale buddhistische Kulturfestival“. Zu dem einmonatigen, von der Regierung der Stadt Xinzhou organisierten Festival kamen *Xinhua* zufolge über 3.000 Mönche und Nonnen aus Südkorea, Japan und China. Zum Programm gehörten buddhistische religiöse Veranstaltungen – darunter ein Gebet für den Weltfrieden –, Ausstellungen und eine Konferenz. Auf dem Wutaishan gibt es 47 Tempel mit über 3.000 Mönchen und Nonnen, heißt es in dem Bericht.

„Reinkarnation des Shaolin-Klosters als geldscheffelnde Tourismushölle“. Tourismus als Problem für das religiöse Leben in buddhistischen Klöstern zeigt ein Artikel der Hongkonger *South China Morning Post* am Beispiel des legendären Shaolin-Klosters in Henan auf. Horden von Touristen haben demnach das Kloster, das insbesondere wegen der dort gepflegten Kampfkunst weltbekannt ist, in eine „Hölle“ verwandelt, in dem die 180 Mönche nur noch Fremde im eigenen Haus und exotisch gekleidete Tourismusarbeiter seien. Die Mönche fänden keinen ruhigen Ort für die Meditation, sie seien besorgt über die Auswirkungen des Tourismus, könnten aber nichts dagegen tun. In der Umgebung des Klosters haben sich 83 Kampfkunstschulen mit insgesamt 40.000 Schülern angesiedelt, darunter zahlreiche Ausländer. Aussagen eines Klostermitarbeiters zufolge gehen drei Viertel des Eintrittspreises von 40 Yuan an die Regierung.

*

Es ist üblich, daß sich in den westlichen Medien weit mehr Nachrichten über den tibetischen als über den chinesischen Buddhismus finden. In diesem Herbst fand der tibetische Buddhismus aber – zeitlich parallel zur China-Reise der

DALAI-LAMA-Gesandtschaft – auch in der Berichterstattung der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung, der offiziellen Dachorganisation der Buddhisten in der VR China, ungewöhnlich viel Beachtung.

Dritte China-Reise des Sondergesandten des DALAI LAMA. Zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren reiste vom 12. bis 19. September 2004 eine vierköpfige Gesandtschaft des DALAI LAMA in die Volksrepublik China. In China konnte die Delegation den „bislang umfangreichsten und ernsthaftesten Austausch über Tibetfragen“ führen, erklärte der Sondergesandte des DALAI LAMA und Leiter der Delegation, LODI GYALTSEN GYARI, nach der Reise in einer öffentlichen Stellungnahme. Die Gespräche mit Einheitsfrontchefin LIU YANDONG und anderen Regierungsvertretern hätten in „offener, aber herzlicher Atmosphäre“ stattgefunden. Es seien große, in einigen Punkten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, beide Seiten hätten jedoch festgestellt, daß substantiellere Diskussionen sowie beidseitige Flexibilität und Weitsicht zur Überbrückung der Differenzen nötig seien. Die Delegation konnte auch den Autonomen Bezirk Kardze (chinesisch Ganzi) in der Provinz Sichuan – in der letzten Zeit häufiger Schauplatz von Restriktionen und Verhaftungen tibetischer buddhistischer Würdenträger – sowie Guangzhou, die Sonderwirtschaftszonen Zhuhai und Shenzhen und Chengde (Hebei) besuchen. LODI GYARI schloß seine Stellungnahme mit „aufrechter Wertschätzung und Dank an unsere Gastgeber, die Abteilung für Einheitsfrontarbeit“.

Ziel der Reise war nach Angaben der Exilregierung, eine förderliche Atmosphäre für spätere Verhandlungen zu schaffen. Dies wurde offiziell nicht näher erläutert, eine Meldung der *United News of India* wollte jedoch weitere Einzelheiten wissen. Dort hieß es, „Berichten zufolge“ habe LODI GYARI eine Formel auszuhandeln versucht, die es dem DALAI LAMA im Gegenzug für die Anerkennung der Souveränität Beijings über Tibet erlaube, als religiöser Führer nach Tibet zurückzukehren. Die Tibeter würden Garantien dafür verlangen, daß der DALAI LAMA das ganze Jahr im Potala-Palast (d.h. nicht in Beijing) wohnen, in allen von Tibetern bewohnten Gebieten der VR China frei reisen und jederzeit das Land verlassen dürfe; er wolle außerdem volle Kontrolle über die Herausgabe religiöser Texte und die Ernennung von Äbten und Reinkarnationen Lebender Buddhas, hieß es in dem Artikel. Man glaube, daß man im Fall des Zustandekommens formeller Gespräche möglicherweise auf das nach dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee 1951 zwischen China und Tibet geschlossene „17-Punkte-Abkommen“ zurückgreifen werde. – Übrigens hat das tibetische Parlament im Exil auf Antrag des DALAI LAMA Anfang d.J. alle Sondervollmachten für das Staatsoberhaupt abgeschafft und die uneingeschränkte Macht an die gewählten Volksvertreter übertragen, die den DALAI LAMA nun mit Zweidrittelmehrheit als Staatsoberhaupt im Exil abwählen können. Der Verzicht auf das politische Amt wäre seitens Beijing sicher eine unabdingbare Voraussetzung für seine Rückkehr nach Tibet als religiöser Führer.

Während von exiltibetischer Seite die Delegationsreise also positiv bewertet wurde und der DALAI LAMA in einem

Interview sogar entgegenkommend äußerte, für Tibet könnte es von größerem Nutzen sein, Teil der Volksrepublik China zu bleiben, solange Tibets Kultur und Umwelt bewahrt würden, spielte Beijing – wie schon bei früheren Gelegenheiten – die Bedeutung des Besuches herunter und legte auch in der Folgezeit keine konziliante Rhetorik an den Tag. Immer wieder weisen die Kommentare auch darauf hin, daß für den 69jährigen DALAI LAMA die Zeit knapp werde. Während einige Beobachter vermuten, daß China den Tod des DALAI LAMA abwarten wolle, sagen andere Stimmen, die Tibetfrage müsse zu dessen Lebzeiten gelöst werden, da sonst mit einer Radikalisierung der exiltibetischen Bewegung zu rechnen sei. Er selbst kommentierte im Oktober bei einem Besuch in Mexiko: „Es ist wahr, daß ich älter werde – aber auch die Kommunistische Partei Chinas wird älter.“

Der erste China-Besuch des Sondergesandten des DALAI LAMA seit 1984 und der erste formelle Kontakt zwischen Vertretern des DALAI LAMA und Beijing seit 1993 war die Gesandtschaftsreise LODI GYARIS im September 2002. Eine zweite Gesandtschaftsreise fand im Mai/Juni 2003 statt. Die jetzt erfolgte dritte Reise war schon für Herbst 2003 erwartet und die Verschiebung mehrfach als Rückschlag für die sino-tibetischen Gespräche gedeutet worden (vgl. *China heute* 2002, S. 106f.; 2003, S. 70f.).

Erstes „Interview“ des „offiziellen“ PANCHEN LAMA. Es war wohl kein Zufall, daß die chinesische staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* am 25. September, unmittelbar nach dem Besuch der Gesandtschaft, „das erste je gegebene Interview“ des von der chinesischen Regierung anerkannten 11. PANCHEN LAMA veröffentlichte, der „gegenwärtig hochrangigsten Figur des tibetischen Buddhismus in China“. In dem Interview lobte der „offizielle“ PANCHEN LAMA die soziale Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung in Tibet, die ohne die „gute Führung der chinesischen kommunistischen Partei, die Unterstützung des ganzen chinesischen Volkes und die harten Bemühungen der Tibeter“ nicht möglich gewesen wären. Der hauptsächlich in Beijing erzogene junge Lama hat sich im August 2004 offenbar im Kloster Tashilhunpo in Shigatse (Tibet) niedergelassen, dem traditionellen Sitz der PANCHEN LAMAS, wo er ab September religiöse Rituale und Segnungen durchführte. Es scheint, daß die chinesische Führung ihn nun für alt genug und genügend „vorbereitet“ hält, seine Position in Tibet einzunehmen. Der PANCHEN ist nach dem DALAI LAMA zweithöchster Würdenträger des tibetischen Buddhismus, wobei auch der dritthöchste, der KARMAPA, seit seiner Flucht im Jahr 2000 in Indien lebt. Der heute 15jährige PANCHEN GYALTSEN NORBU war, wie ein *Xinhua*-Bericht es in aller Deutlichkeit formulierte, 1995 „von der chinesischen Regierung als Reinkarnation seines Vorgängers ausgewählt“ worden, der zuvor vom DALAI LAMA bestätigte Kandidat GEDHUN CHOEKYI NYIMA hingegen ist seither verschwunden und wächst nach Regierungsangaben an einem geheimgehaltenen Ort als normaler Schuljunge auf.

Reinkarnation des GUNGTANG RINPOCHE (Kloster Labrang) bestätigt. Wie die staatliche chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* am 29. September meldete, wurde einige Tage zu-

vor die Geburt der Reinkarnation eines hochrangigen Lama der Gelugpa-Schule durch die mit der Suche befaßte Arbeitsgruppe der Buddhistischen Vereinigung der Provinz Gansu formell bestätigt. Es handelt sich um die Reinkarnation des 6. GUNGTANG RINPOCHE, des zweithöchsten Lamas des Klosters Labrang Tashikhyil. Die Arbeitsgruppe schloß sich mit ihrer Bestätigung dem schriftlichen Anerkennungsbericht des 6. JAMYANG ZHEPA LOBSANG JIGME THUBTEN CHOEKI NYIMA an, der die Reinkarnation bereits im April d.J. bestimmte – vermutlich war der langwierige Prozeß der behördlichen Anerkennung Ursache der erst ein halbes Jahr später erfolgten öffentlichen Bestätigung. Der JAMYANG ZHEPA ist der ranghöchste Lama von Labrang; der derzeitige JAMYANG ist gleichzeitig Vorsitzender der Buddhistischen Vereinigung der Provinz Gansu. Mit 1.100 offiziell zugelassenen und weiteren etwa 1.200 „inoffiziellen“ Mönchen ist das Kloster Labrang eine der größten und wichtigsten Institutionen des tibetischen Buddhismus in der VR China. Der im Jahr 2000 verstorbene 6. GUNGTANG RINPOCHE, der auch Mitglied des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz und Vizepräsident der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung gewesen war, genoß *TIN* zufolge wegen seiner Treue zum DALAI LAMA und seiner Weigerung, den 1995 von Beijing bestimmten PANCHEN LAMA anzuerkennen, unter den Tibetern weit über die Region von Labrang hinaus außerordentliche Popularität. Daher dürfte auch die jetzt erfolgte Bestimmung seiner Reinkarnation von großer Bedeutung sein.

Arbeitsausschüsse wollen das „System der höheren akademischen Grade des tibetischen Buddhismus“ wiederherstellen. Am 18./19. August tagte der „Arbeitsausschuß für tibetischen Buddhismus des 7. Vorstands der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung“. Erstmals seit Gründung der Buddhistischen Vereinigung fand die Sitzung in Lhasa statt. Meister SHENGYAN, Vizevorsitzender der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung (ein Han-Chinese), gab in seiner (wie die ganze Sitzung sehr politischen) Eröffnungsrede einen Rückblick auf die langjährige Unterstützung des Aufbaus des tibetischen Buddhismus durch die Chinesische Buddhistische Vereinigung. Er forderte den Arbeitsausschuß dazu auf, Patriotismus, Anpassung an den Sozialismus und Umsetzung der staatlichen Religionspolitik zu fördern, den „Selbstaufbau“ (*zishen jianshe*) des tibetischen Buddhismus und die Ausbildung von Personal zu stärken sowie die Arbeit der [Bestimmung der] Reinkarnationen Lebender Buddhas gut auszuführen (*zuohao huofu zhuanshi gongzuo*). Im Laufe der Sitzung wurde die Frage der Ausbildung religiösen Personals als Schicksalsfrage für den tibetischen Buddhismus diskutiert. Es müsse nicht nur die Ausbildung an den verschiedenen Kollegien des tibetischen Buddhismus fortgesetzt, sondern auch bald das „System der höheren akademischen Grade des tibetischen Buddhismus“ (*Zangchuan fojiao gaoji xuexian zhidu*) wiederhergestellt werden. Dies erhoffe man sich in den Kreisen des tibetischen Buddhismus seit langem.

Am folgenden Tag (20. August) wurden in Lhasa zu diesem Zweck zwei neue Ausschüsse gegründet: Der Ausschuß für Anleitung der Arbeit bezüglich der akademischen

Grade des tibetischen Buddhismus (*Zangchuan fojiao xuexian gongzuo zhidao weiyuanhui*) bestimmt die Richtlinien. Er steht unter der Leitung des Lebenden Buddha JAMYANG ZHEPA. Der Ausschuß für Beurteilung hoher akademischer Grade des tibetischen Buddhismus (*Zangchuan fojiao gaoji xuexian pingshen weiyuanhui*) ist für die konkrete Arbeit zuständig, d.h. Aufnahme von Studenten, Lehre, Prüfungen und Verleihung der höheren Grade. Er wird von dem Lebenden Buddha ZHUKANG TUBDAIN KAIZHUB geleitet, Abt des Klosters Shodain und Vorsitzender des Tibetischen Zweigs der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung.

Der erste „Kurs für höhere akademische Grade“ nahm am 1. September am Chinesischen höheren Kolleg für tibetischen Buddhismus (*Zhongguo Zangyuxi gaoji foxueyuan*) in Beijing seine Studien auf. Bei einem Festakt sagte der JAMYANG ZHEPA (in seiner Funktion als Rektor des Kollegs), mit dem Studienbeginn dieses Kurses habe der Aufbau des Systems akademischer Grade des tibetischen Buddhismus begonnen. Das System verbinde Tradition und Moderne, heißt es in dem Artikel der Zeitschrift *Fayin* (Stimme des Dharma). Neben dem einjährigen Kurs für höhere akademische Grade nahm auch ein zweijähriger Kurs für akademische Grade seine Studien auf. Zu den wichtigsten Studieninhalten gehören Buddhismus (*sic*), Zeitgeschehen, Politik und Kultur. Das Chinesische höhere Kolleg für tibetischen Buddhismus, am Gelben Tempel (Huangsi) in Beijing angesiedelt, wurde 1987 auf Initiative des 10. PANCHEN LAMA gegründet.

Einen „Fortbildungskurs für Lebende Buddhas des tibetischen Buddhismus“ organisierten vom 11. bis 21. September 2004 [also zeitgleich mit dem Besuch der Delegation des DALAI LAMA] die Einheitsfrontabteilung und das Religionsbüro der Provinz Sichuan. Der Kurs, an dem 24 Lebende Buddhas aus Sichuan teilnahmen, befaßte sich mit politischen Themen. An den eigentlichen Kurs schloß sich eine patriotische Bildungsreise nach Beijing, Chengde und Dalian an. Der Kurs habe Beachtung höchster Regierungsstellen gefunden und werde als neue Form der Fortbildung von Persönlichkeiten der religiösen Welt bewertet, hieß es in dem in *Fayin* abgedruckten Bericht. [N.B. Vom 17. bis 26. August organisierten Einheitsfront und Religionsbüro einen „Fortbildungskurs für katholische patriotische Persönlichkeiten in jungen und mittleren Jahren“, d.h. Bischöfe, Priester, Schwestern und Laien in führenden Positionen, der ebenfalls eine patriotische Bildungsreise u.a. nach Dalian beinhaltete.]

Insgesamt bleibt die Lage des tibetischen Buddhismus angespannt. Weiterhin auffällig ist die starke Zunahme der tibetischen politischen Gefangenen in Sichuan, während die Gefangenzahlen in anderen tibetischen Gebieten zurückgegangen sind. Von den 46 beim *Tibet Information Network* (*TIN*) in London registrierten Inhaftierten in Sichuan (Stand Juli 2004) sind die Mehrzahl Mönche und Nonnen. Zu ihnen gehört der aus Kardze stammende TENZIN DELEG RINPOCHE. Er war am 2. Dezember 2002 wegen angeblicher Beteiligung an einem Bombenattentat zum Tode mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub verurteilt worden (vgl. *China heute* 2003, S. 3f.). Es scheint nicht ganz klar zu sein,

ob die Zweijahresfrist ab der ersten Urteilsverkündung oder ab der Ablehnung der Berufung gerechnet wird – im letzteren Fall würde sie am 26. Januar 2005 ablaufen. Zahlreiche Initiativen weltweit bemühen sich um eine Revision des Urteils. So verabschiedete das Europäische Parlament am 18. November eine entsprechende Resolution. Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums erklärte jedoch am 2. Dezember, das chinesische Justizministerium habe den Fall geprüft; in allen Ländern würden Kriminelle, die sich terroristisch betätigen, nach dem Gesetz bestraft. Bei Redaktionsschluß war noch nicht klar, ob China die Hinrichtung trotz der Proteste durchführen wird.

Wie explosiv die Spannungen zwischen tibetischen Mönchen und Nomaden auf der einen und Chinesen oder sinisierten Tibetern auf der anderen Seite sein können, zeigt die Eskalation eines Streites zwischen Mönchen und Polizei in Qinghai, bei der im September ein Mönch erschossen wurde. *TIN* berichtete, daß der Zwischenfall zunächst von „nächtlicher Ruhestörung“ durch drei Mönche ausgelöst wurde, die bei einer Einkaufsreise in Darlag Dzong (chin. Dari, Qinghai) nachts von dem chinesischen Hotelmanager nicht mehr in ihr bereits geschlossenes Hotel eingelassen worden waren. Der Familie des Getöteten zahlte die Polizei nach Protesten von mehr als 100 Tibetern eine Entschädigung von 180.000 Yuan (ca. 18.000 Euro). – Daß bei politisch geschickter Formulierung tibetische Petitionen in religiösen Anliegen aber auch erfolgreich sein können, zeigte der offene Brief einer Gruppe junger Tibeter vom Juni d.J. (vgl. *China heute* 2004, S. 75). *TIN* zufolge gaben die chinesischen Behörden im Juli ihrer Forderung statt und veranlaßten, daß die Durchschwimmung des für Tibeter heiligen Namtso-Sees abgesagt wurde.

Quellen (2004): *Asian News International ANI* 31.03., nach *Tibet-Forum* 2004, Nr. 1, S. 5; *Fayin* 2004, Nr. 9, S. 11-20; Nr. 10, S. 46; *Guangming ribao* 21.09.; *Labrang: tibetický buddhistický kláštor v socialistickéj Číne (dokumenty a svedectvá)*, Bratislava 2002, S. 87-89; *South China Morning Post* 6.10.; 2.11.; *The Telegraph* (Kolkata) 13.09.; *TIN News Update* 9.27.07.; 18.10.; *TIN Tibet News Digest* 2.07.; 22.10.; 5.11.; *Tibet and Buddhism* Nr. 71 (Oktober/November/Dezember 2004), S. 38; *UCAN* 13.09.; *United News of India UNI* 24.09.; US Department of State, „State Dept. Report on Tibet urges dialogue without preconditions“, <http://usinfo.state.gov>, 10.07.; www.voanews.com/english/2004-12-02-voa22.cfm (*Voice of America*); [www2.europarl.eu.int/registre/presse/point_session_the_week/2004/en/par/DG-INFO_TW\(2004\)11-15\(PAR015\)_EN.doc](http://www2.europarl.eu.int/registre/presse/point_session_the_week/2004/en/par/DG-INFO_TW(2004)11-15(PAR015)_EN.doc); *Xinde* Nr. 221 (15.09.), S. 1; *Xinhua* 24.25.09.; *Xinhua* (Lanzhou) 29.09., nach *Renmin ribao* (30.09.) zitiert in *Fayin* 2004, Nr. 10, S. 30.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Katholische Kirche verstärkt soziales Engagement

Die katholische Kirche Chinas bemüht sich in den letzten Jahren um ein verstärktes gesellschaftliches Engagement. Viele Diözesen unterhalten – überwiegend von Ordensschwestern geleitete und betriebene – Krankenstationen und kleine Kliniken, Altenheime und eine zunehmende Zahl von Kindergärten. Auch gibt es inzwischen mindestens 20 von der Kirche eingerichtete Waisenhäuser, die vorwiegend behinderte Kinder aufnehmen.

Im April d.J. wurde in der Diözese Shenyang (Provinz Liaoning) mit staatlicher Genehmigung das *Catholic Social Service Center* (CSSC) gegründet, finanziell wie fachlich von Misereor (Aachen) begleitet. Das Zentrum will sich in

Kooperation mit dem städtischen Zentrum für Krankheitsbekämpfung u.a. im Kampf gegen HIV und AIDS engagieren. Hierfür werden Ordensschwestern und Laien ausgebildet. In den vergangenen Monaten fanden bereits mehrere Trainingskurse statt, teilweise in Zusammenarbeit mit der staatlichen Medizinischen Universität in Shenyang. Das katholische Zentrum plant, 50 bis 60 Freiwillige auszubilden, die vor allem in der Information über Vorbeugung und in der Erziehung aktiv werden sollen. Später sollen dann auch andere Dienste angeboten werden, wie die Betreuung von AIDS-Kranken zu Hause.

Das Shenyanger Zentrum ist die dritte katholische Einrichtung in China, die ein AIDS-Programm unterhält. Die beiden anderen sind das Zentrum „Licht der Hoffnung“, das im Dezember 2002 im Rahmen des katholischen Sozialwerkes *Beifang Jinde* in Shijiazhuang gegründet wurde, sowie das Programm *Red Maple Leaves' Home* in Xi'an, das ebenfalls seit 2002 von Herz-Jesu-Schwestern unterhalten und von Misereor unterstützt wird (s. *China heute* 2004, S. 9). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Xi'aner Einrichtung machen Hausbesuche, informieren über die Krankheit und bieten kostenlose Untersuchungen an. Zur Vorbereitung auf ihren Dienst absolvierte die Leiterin, Sr. LIU JUANLI, einen dreimonatigen Managementkurs für Nichtregierungsorganisationen. Die Schwestern erachten eine entsprechende Ausbildung im Bereich der Sozialarbeit als zunehmend wichtig für eine effektive Ausübung ihrer Tätigkeit. MERRY LIU YANLI, Assistentin im *Catholic Social Service Center* der Diözese Xi'an, wies darauf hin, daß Sozialarbeit für die Kirche Chinas nach wie vor ein relativ neues Betätigungsfeld ist. Außerdem bieten nur sehr wenige Hochschulen bisher qualifizierte Studiengänge an.

Ebenfalls in Xi'an – um nur ein Beispiel herauszugreifen – unterhalten sieben Missionsfranziskanerinnen Mariens seit 2001 eine staatlich registrierte Tagesstätte für geistig behinderte Kinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren, den Bo'ai-Kindergarten. Nach Aussagen der Leiterin, Sr. LU ZHIWEI, stellen die Eltern der Kinder wachsende Ansprüche an die Professionalität der Schwestern. Alle sind als Kindergärtnerinnen ausgebildet, es fehlt ihnen jedoch an Fachkenntnissen in der Betreuung geistig behinderter Kinder. Laut Sr. LU vollzieht sich in der chinesischen Gesellschaft ein allmählicher Gesinnungswandel. Hätten viele Familien aus Furcht vor Diskriminierung ihre behinderten Kinder früher in den Häusern versteckt, so wagten sich heute immer mehr an die Öffentlichkeit, obgleich geistig behinderte Kinder auf dem Land i.d.R. weiterhin keinerlei Förderung erhielten. Zwei weitere Schwestern arbeiten in einer staatlichen Behinderteneinrichtung, dem Xi'aner Zweig der *Huiling Community Services for People with Disabilities*.

Nach Schätzungen gibt es in China heute knapp 12 Mio. geistig Behinderte.

Quellen (2004): *KNA* 1.09; *Tripod* Nr. 134, S. 56; *UCAN* 26.08., 2.09; 2.11.

KATHARINA FEITH

„Zurück nach Jerusalem“ ----- Chinas Protestanten missionieren gen Westen

Während die Zahl der Christen in Europa zurückgeht, wachsen die Kirchen in Südamerika, Afrika und Asien stark an. Ebenso wächst die Zahl der Missionare aus diesen Kontinenten. So machen sich – außerhalb der offiziellen protestantischen Kirche Chinas – unter dem Motto „gehe nach Westen und nach Süden und verkündige das Evangelium“ Gruppen chinesischer Protestanten auf den Weg über ihre Landesgrenzen hinaus, um den christlichen Glauben in überwiegend buddhistische, hinduistische und muslimische Länder zu bringen. Auf dieses erstaunliche Phänomen machte vor einiger Zeit der Journalist BARNEY ZWARTZ von der australischen Zeitung *The Age* aufmerksam.

Die Bewegung nennt sich „Zurück nach Jerusalem“ und hat zum Ziel, in den nächsten 10-20 Jahren über 100.000 chinesische Missionare in die Region zu schicken, die zwischen dem 10. und dem 40. Breitengrad nördlich des Äquators (dem sogenannten 10/40-Fenster) liegt. Auf ihrer Webseite www.backtojerusalem.com (der die meisten der folgenden Informationen entnommen sind) erklärt die Bewegung, daß mit „Zurück nach Jerusalem“ nicht die Mission von Juden in Israel intendiert sei. Zwar gebe es ein Büro in Jerusalem, doch dies sei eher symbolischer Natur. Vielmehr habe die Bewegung den Plan, den christlichen Glauben in alle Länder auf dem Weg zwischen China und Jerusalem zu bringen. Dafür visiert sie drei Routen an: Die erste Route liegt im Norden und entspricht der Seidenstraße, die von der Provinz Xinjiang durch die zentralasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion und durch den Iran bis zum Mittelmeer führt. Die zweite Route startet in Tibet und führt über Bhutan und Nepal nach Afghanistan, Pakistan, Iran, den Mittleren Osten und Israel. Die dritte Route beginnt in Vietnam und führt durch Kambodscha, Laos, Thailand, Burma und Indien. Wenn möglich, solle versucht werden, Kontakt zu Christen vor Ort aufzunehmen, um von ihnen Hilfestellung bei Sprach- und Kulturproblemen zu bekommen. Aber auch in China selbst, so die Bewegung, würden Missionare auf ihren Dienst vorbereitet. Im ganzen Land gebe es Missionsseminare, an denen chinesische Christen überwiegend auf die muslimische Welt vorbereitet würden, wo sie z.B. Englisch, Arabisch und Farsi lernten. Ihre Möglichkeiten der Mission gerade in muslimischen Ländern beschreibt die Bewegung auf ihrer Webseite folgendermaßen (www.backtojerusalem.com/faq.asp):

Muslimische Länder reagieren paranoid auf das Eindringen des Christentums aus Amerika. Die Vordertüren in diese Länder sind für das Christentum so fest verschlossen, wie es geht. Die Aktivitäten westlicher Ausländer stehen unter strenger Beobachtung. Während diese Länder all ihre Energie in die Bewachung ihrer Vordertür stecken, können chinesische Christen leise mit dem Evangelium durch die Hintertür schlüpfen.

Im März 2000 sollen bereits 36 Missionare China verlassen haben (nach einer anderen Version waren es 39, von denen 36 bereits vor ihrer Ausreise verhaftet wurden).

Einer der prominentesten Befürworter der Bewegung „Zurück nach Jerusalem“ ist der chinesische Christ LIU ZHENYING, der unter dem Namen YUN mit seiner Familie

in Deutschland lebt. Im Alter von 17 Jahren erlebte er eine Vision, in der er Gott zu sich habe sprechen hören: „Gehe nach Westen und Süden und verkündige das Evangelium.“ YUN wurde Wanderprediger in seiner Heimatprovinz Henan. Er bekam Kontakt zur christlichen Sekte *Chongshengpai* („Lehre der Wiedergeburt“), dessen Leiter XU YONGZE heute ebenfalls Führer der „Zurück nach Jerusalem“-Bewegung ist, und stand wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber der offiziellen Kirche unter polizeilicher Beobachtung. Nach einer vierjährigen Haft nahm er seine Tätigkeit als Wanderprediger wieder auf, nach wiederholten Verhaftungen floh er 1997 nach Deutschland. Auf internationalen Konferenzen der Bewegung tritt YUN für die Vision „Zurück nach Jerusalem“ ein.

Die Geschichte dieser Vision schildert die Bewegung ausführlich auf der eigenen Webseite. Nach dieser Selbstdarstellung reichen ihre Wurzeln zurück in die 1920er Jahre. Als erste Gruppe soll die indigene Kirche der „Jesus-Familie“ die Vision „Zurück nach Jerusalem“ gehabt haben. Die „Jesus-Familie“ wurde 1921 von JING DIANYING in Shandong gegründet, sie war eine egalitäre Gruppe, die ein religiöses gemeinschaftliches Leben führte. In den 1940er Jahren gab es 100 dieser christlichen Kommunen mit insgesamt etwa 20.000 Mitgliedern, die sich bis in die Innere Mongolei hinein verbreiteten. Innerhalb der „Jesus-Familie“ sei mit der Zeit die „Zurück nach Jerusalem“-Vision verblaßt. Ende der 1930er Jahre gründete ZHANG GUQUAN daher das *Northwest Spiritual Movement*. Im Gegensatz zur „Jesus-Familie“ sei es nicht Ziel dieser Bewegung gewesen, lokale Gemeinden aufzubauen. Es sei vielmehr um die möglichst weitgestreute Verbreitung des Glaubens gegangen. Die Bewegung habe vor allem unter den muslimischen nationalen Minderheiten der Uiguren und Hui missioniert.

In den 1940er Jahren entstanden weitere Missionsgruppen mit der Vision „Zurück nach Jerusalem“, unter ihnen die *Back to Jerusalem Evangelistic Band*. In der Provinz Shaanxi in der Nähe der Stadt Fengxiang hatte JAMES HUDSON TAYLOR II. Anfang der 1940er Jahre das *Northwest Bible Institute* gegründet. TAYLOR war Direktor der Bibelschule, der chinesische Pastor MARK MA Vize-Direktor. 1942 soll dieser die Vision gehabt haben, daß Gott ihn zur Mission in die Provinz Xinjiang schicke. Bei einem Gebetstreffen in der Bibelschule erzählten acht Studenten, daß auch sie den Ruf verspürten, nach Xinjiang in die Mission zu gehen. In weiteren Visionen, so die Webseite der Bewegung, habe MARK MA den Auftrag bekommen, von den Provinzen Gansu und Xinjiang aus weiter in den Westen zu gehen, um das Evangelium bis nach Jerusalem zu tragen. MARK MA gründete mit den acht Studenten daraufhin am 23. Mai 1943 eine Missionsgruppe mit dem Namen *Bian chuan fuyin tuan*, deren offizieller englischer Name *The Back to Jerusalem Evangelistic Band* wurde. Zwischen 1944 und 1947 wurden aus dieser Gruppe insgesamt acht Frauen und sechs Männer zur Mission in die Provinzen Gansu, Ningxia und Xinjiang ausgesandt. Finanziert wurden diese Unternehmungen ausschließlich von chinesischen Christen. Die Mission, so der Plan der Bewegung, sollte in zwei Etappen erfolgen. Zunächst sollten die

Provinzen an der Nord- und Westgrenze Chinas evangelisiert werden: Xinjiang, Innere Mongolei, Tibet, Sichuan, Qinghai, Gansu und Ningxia. Dann sollte über die Grenzen hinaus gegangen werden nach Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Türkei und Palästina.

Im März 1949 kommentierte PHYLLIS THOMPSON, Mitarbeiterin der *China Inland Mission*, die unterschiedlichen Initiativen der „Zurück nach Jerusalem“-Bewegung folgendermaßen (www.backtojerusalem.com/history3.htm):

Am meisten beeindruckte mich der merkwürdige und unerklärliche Drang verschiedener christlicher Gruppen, mit festem Glauben das Evangelium Richtung Westen zu tragen. Ich weiß von mindestens fünf verschiedenen Gruppen ohne Verbindung untereinander, die praktisch alles in ihrer Heimat in Ostchina verlassen haben, um in den Westen zu gehen. Einige sind in Xikang [dem heutigen West-Sichuan], einige in Gansu, einige in der riesigen nordwestlichen Provinz Xinjiang. Es scheint eine große unüberwindliche Bewegung des Heiligen Geistes zu sein. Es verblüfft, daß die Gruppen nicht miteinander verbunden sind, meistens scheinen sie nichts voneinander zu wissen. Aber alle sind davon überzeugt, daß der Herr sie an die westlichen Grenzen schickt, um das Evangelium zu verbreiten.

Der bekannteste Führer der Bewegung ab den 1940er Jahren war SIMON ZHAO HAIZHEN. Wie der Webseite der Bewegung zu entnehmen ist, erhielt auch er die Vision, in Xinjiang zu missionieren. Er wurde führender Prediger im *Northwest Spiritual Movement* und sammelte eine kleine Gruppe von Gleichgesinnten um sich. Insgesamt drei Missionsteams wurden bis Ende der 1940er Jahre von SIMON ZHAO nach Xinjiang entsandt. ZHAO und seine Frau erreichten mit der dritten Gruppe 1950 Kashgar, wo das Missionsgelände der Bewegung von Soldaten eingenommen wurde und alle Mitglieder des Missionsteams konterrevolutionärer Aktivitäten angeklagt wurden. ZHAO kam wie alle Mitglieder der Bewegung ins Arbeitslager, die Führer der Gruppen waren besonders scharfen Haftbedingungen unterworfen. ZHAO war nach 31 Jahren Gefängnis und Arbeitslager der einzige Überlebende der Bewegung. 1981 ging er nach seiner Freilassung nach Kashgar, wo sich dort ansässige Christen aus Hauskirchen um ihn kümmerten und seine Geschichte bekannt machten. Schon bald, heißt es weiter in der Selbstdarstellung der Bewegung, kamen Mitglieder von Hauskirchen aus verschiedenen Provinzen Chinas nach Xinjiang, da sie von SIMON ZHAO und der Bewegung „Zurück nach Jerusalem“ gehört hatten. Anfang der 1990er Jahre wurde ZHAO von Hauskirchenleitern nach Henan eingeladen, um dort zukünftige Missionare mit auszubilden. Viele Leiter von Hauskirchen, so der Bericht, ließen sich anstecken von der Vision „Zurück nach Jerusalem“. Zu ihnen gehört auch der bereits genannte YUN, der sich als von SIMON ZHAO beauftragter Nachfolger sieht.

Die Bewegung hat heute Büros in Jerusalem, Großbritannien, den USA, Singapur und Schweden. Sie organisiert internationale Konferenzen, auf denen die Vision „Zurück nach Jerusalem“ unter Auslandschinesen bekannt gemacht werden soll.

DAVID Y.P. WANG, Leiter der Missionsgesellschaft *Asian Outreach*, schätzt jedoch, daß es mit der Umsetzung der Aufgabe, die sich die Bewegung auferlegt habe, noch

Generationen dauern werde. Chinesische Christen seien fest im Glauben und hätten eine starke Motivation, seien aber interkulturell noch nicht sehr sensibilisiert. Ähnlich fällt auch die Einschätzung von JAMES WATT aus, dem Leiter der Missionsgesellschaft *Reaching Unreached People*. Er schildert als ein Beispiel eine Begebenheit, bei der ein chinesischer Evangelist Muslimen bei einem Bankett Schweinefleisch vorsetzte. DAVID Y.P. WANG warnt außerdem vor dem triumphalistischen Ton, den einige Anhänger der Bewegung außerhalb Chinas, wie YUN, an den Tag legten. Führer der Bewegung in China, so WANG, seien besorgt und bäten darum, im Ausland nicht von einer Aussendung von 100.000 Missionaren in den Mittleren Osten zu sprechen, denn dies könne sowohl in den Ländern dort als auch bei der chinesischen Regierung zu negativen Reaktionen führen. WANG sieht vor allem Bedarf an der weiteren Inkulturation des Christentums und der Theologie in China, damit das Wachstum der chinesischen Kirche und der Bewegung „Zurück nach Jerusalem“ nicht „zu einem Fluß wird, der eine Meile lang und zwei Zentimeter tief ist“.

Quellen: DAVID AIKMAN, *Jesus in Beijing: How Christianity is Transforming China and Changing the Global Balances of Power*, Washington 2003, S. 204; HOWARD BRANDT, „Back to Jerusalem“, in: www.asiaharvest.org/pages/howardbrandtreview.html; HAAVALD SLAATTEN, *Der Himmelsbürger*, Erzhausen 2001, bes. S. 116; www.backtojerusalem.com/history3.htm; www.backtojerusalem.com/vision.htm; BARNEY ZWARTZ, „China's Christians on a Global Mission“, in: *Sight Online Edition*, 3. Mai 2004; www.sightmagazine.com.au/stories/Features/China3.5.04.htm; ders., „Going Global with God“, in: *The Age*, 10. April 2004; www.theage.com.au/articles/2004/04/09/1081326923562.html?oneclick=true.

ANJA RUOß

„Chinesisches Gesicht“ JESU und MARIENS wird vielfach abgelehnt -----

Chinesischer katholischer Verlag scheitert mit Kalenderbildern im chinesischen Stil. Wenn in den katholischen Familien in China zum Jahreswechsel der religiöse Bildkalender oder der liturgische Kalender für das Jahr 2005 aufgehängt werden, werden sie westliche christliche Kunst zeigen – zumindest soweit es sich um die Kalender von *Xinde chubanshe* (*Faith Press*) handelt. Der in Shijiazhuang (Provinz Hebei) beheimatete katholische Verlag entschloß sich nach Beschwerden von Gläubigen über sinisierte Darstellungen der Gottesmutter, 2005 „zur Tradition“ zurückzukehren und westliche Bilder zu verwenden.

Letztes Jahr druckte *Faith Press* den liturgischen Jahreskalender 2004 in zwei Versionen, wobei eine Version das Bild „Mutter Gottes, Kaiserin von China“ zeigte, auf dem MARIA mit dem Jesuskind in kaiserlichen Gewändern der mandschurischen Qing-Dynastie (1644–1911) dargestellt ist. Besonders ältere Katholiken und Gläubige auf dem Land hätten die Muttergottes im chinesischen Stil abgelehnt, äußerte der Redakteur SONG YUN im Juli gegenüber *UCAN*. Manche hätten das Bild so abscheulich gefunden, daß sie es mit Papier abdeckten. Noch negativer seien die Reaktionen auf den Kalender von 2003 ausgefallen, der LU HONGNIANS „Madonna mit den Tauben“ aus dem Jahre 1939 zeigte.

Der 31jährige Pfarrer CHANG SHAOLEI aus Nanning (Guangxi) wird von *UCAN* als einer der Kritiker zitiert. JESUS und MARIA seien Juden gewesen, man könne keine Chinesen aus ihnen machen – es gebe ja auch keine Bilder, die MARX oder ENGELS als Chinesen darstellten. Seinen Gläubigen habe der Kalender überhaupt nicht gefallen. Die Kirche solle ihre Energie lieber in Evangelisierungsarbeit stecken und nicht in die Inkulturation der christlichen Kunst.



LU HONGNIAN (*Ars Sacra Pekinensis*),
„Madonna mit den Tauben“, 1939.

Schmuckbild des liturgischen Jahreskalenders 2003 (*Faith Press*).

Der liturgische Jahreskalender 2005 zeigt STEFAN LOCHNERS (ca. 1400–1451) „Muttergottes in der Rosenlaube“. Er wurde in 180.000 Kopien gedruckt und kostet 0,8 *Yuan* (ca. 8 Euro-Cent). Der Bildkalender 2005 mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren kostet 8 *Yuan* (80 Cent); er trägt eine europäische Weihnachtsdarstellung auf dem Titelblatt.

Der bekannte protestantische chinesische Künstler HE QI, der in Hamburg promoviert hat und sich insbesondere von der Kunst sog. ethnischer Minderheiten der VR China zu seinen christlichen Darstellungen inspirieren läßt, führt die langsame Entwicklung und immer noch sehr eingeschränkte Akzeptanz einer eigenständigen chinesischen christlichen Kunst auf die Restriktionen gegenüber den Christen nach 1949 zurück. Sie sei in der protestantischen Kirche Chinas mehr entwickelt als in der katholischen, da erstere offener und weniger traditionell sei, zitiert ihn der *UCAN*-Bericht.

Chinesischer Malstil akzeptabel, aber nicht chinesische Gesichter. In der auflagenstärksten chinesischen katholischen Zeitung *Xinde* (*Faith*), ebenfalls von *Faith Press* herausgegeben, wird immer wieder kontrovers über das Ob und Wie der Inkulturation christlicher Kunst debattiert. Im August/September d.J. (Nr. 219 und 220) brachte *Xinde* in zwei Folgen einen Beitrag mit dem Titel „Zur religiösen Kunst“ (*Ye tan shengxiang yishu*) von WANG HUIZHU. Die Autorin (den Schriftzeichen des Namens zufolge handelt es sich wahrscheinlich um eine Frau) bezeichnet sich selbst als Kunstschafterin, die viel durch Kopieren westlicher reli-

giöser Kunstwerke gelernt habe. WANGs Argumentation – auch wenn sie gelegentlich ein naiv anmutendes Kunst- und Geschichtsverständnis zeigt – wirft ein Licht auf die Beweggründe, aus denen heraus viele chinesische Katholiken sinisierte Darstellungen des Lebens JESU oder der Heiligen ablehnen.

Ausgangspunkt ist für WANG, daß die Kirche religiöse Kunst (*shengxiang yishu*) immer als Begleiterin der Evangelisierung geschätzt habe. Sie lasse zwar Vielfalt in der künstlerischen Ausdrucksform zu, fordere aber Einheitlichkeit in der authentischen (*zhenshi*) Wiedergabe der biblischen bzw. visionären Realität. (Letzteres bezieht sich v.a. auf Marienerscheinungen wie in Lourdes oder Fatima – die Lourdes-Madonna ist in China äußerst populär und findet sich in oder vor vielen chinesischen Kirchen.)

WANG bricht zunächst eine Lanze für die Verwendung westlicher religiöser Kunst auch im chinesischen Kontext. Sie sei zwar in Europa entstanden, aber längst zu einer universalen Kunstsprache geworden, die – wie in neuerer Zeit das Englische – überall auf der Welt verstanden und weitgehend akzeptiert werde, auch von den Nichtchristen in China. Natürlich habe es in der europäischen christlichen Kunst im Lauf der Jahrhunderte vereinzelt auch Fehlgriffe gegeben, etwa Darstellungen MARIENS, der „Westasiatin“, als Europäerin. Doch in den meisten Fällen habe sie die biblische Realität authentisch wiedergegeben (eine erstaunliche Aussage!). Diese Kunst habe für die Menschen eine tiefe Bedeutung – die Autorin denkt dabei an den Jesuitenmissionar MATTEO RICCI (1552–1610), der unter großen Mühen Bilder JESU und MARIENS nach China mitbrachte, und an die Katholiken, die in der Zeit der Kulturrevolution unter Gefahren religiöse Bilder versteckten. Die katholische Jugend Chinas solle ernsthaft klassische westliche Malerei studieren, da das Niveau der in chinesischen Kirchen vorzufindenden Kunst vielfach noch zu niedrig sei.



CHU KAR KUI, „Mutter Gottes, Kaiserin von China“.
Schmuckbild des liturgischen Jahreskalenders 2004 (*Faith Press*).

Die Autorin befürwortet aber auch eine Verschmelzung von westlichem und „nationalem“ – d.h. chinesischem – Malstil. Daraus könne eine neue, eigene religiöse Kunstsprache ent-

stehen und die Kunst der Universalkirche bereichern. Bisherige Versuche christlicher Kunst im chinesischen Malstil seien allerdings unreif. Gegen Verwendung traditioneller chinesischer Maltechniken sei nichts einzuwenden, doch müsse dabei die historische Lebenswirklichkeit zur Zeit JESU respektiert werden. Diese müsse von den christlichen Künstlern noch besser studiert werden. Darstellungen biblischer Gestalten mit chinesischen Gesichtszügen und in historischen chinesischen Gewändern und Gebäuden, oder gar MARIA in Gestalt einer daoistischen Unsterblichen lehnt die Autorin entschieden ab, findet sie sogar eher peinlich, denn beim Betrachter könne der Eindruck entstehen, der Künstler sei historisch ungebildet. Auch chinesische Nichtchristen könnten einen gekreuzigten CHRISTUS in Gestalt eines Chinesen der alten Zeit nur schwer akzeptieren. Die heutigen Chinesen hätten einen anderen Geschmack als vor hundert Jahren. Neuerdings (d.h. seit dem Jahr 2000) gebe es allerdings auch chinesische Heilige, diese sollten selbstverständlich als Chinesen und in der zu ihren Lebzeiten üblichen Kleidung dargestellt werden.

WANG HUIZHU ist jedoch nicht einfach nur eine Traditionalistin. In einem letzten Punkt fordert sie, daß sich christliche Kunst auch mit der modernen Kunst verbinden solle. In einigen modernen chinesischen Stadtkirchen gebe es bereits mutige Altarbilder im kubistischen oder abstrakten Stil oder in der Art des chinesischen Scherenschnitts. Eine abstrakte Christusbildung etwa könne das große Geheimnis des Herrn zum Ausdruck bringen. Solche Kunstwerke ließen den Menschen Freiraum für ihre Vorstellungskraft und riefen sie zur Erwartung der Zukunft auf.

Quellen (2004): *UCAN* 30.07.; *Xinde* Nr. 119 (15.08.) S. 15; Nr. 220 (1.09.), S. 15. Ansichten der von *Faith Press* herausgegebenen Kalender für 2005 finden sich unter www.chinacatholic.org/adv/2005/zld.htm bzw. www.chinacatholic.org/adv/2005/A0.jpg.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Chinesische Christen auf der Weihnachtsinsel -----

Neuerdings gibt es auf Christmas Island offen praktiziertes Christentum, und zwar hauptsächlich unter der chinesischstämmigen Bevölkerung, der die meisten der rund sechzig Katholiken und vierzig Protestanten der Insel angehören. Dies berichtet ROLAND HANEWALD im *darum-journal* (Oktober/November 2004, S. 17-21). Besiedelt wurde die südlich von Java im Indischen Ozean gelegene Insel erst 1898, nachdem man dort Phosphat entdeckt hatte. Die Engländer holten für den Phosphatabbau Chinesen und Malaien nach Christmas Island, die dort unter harten Bedingungen arbeiten mußten. Die seit 1958 unter australischer Verwaltung stehende Insel durfte bis vor wenigen Jahrzehnten von Außenstehenden nicht ohne Genehmigung betreten werden – unter diesen Umständen kamen auch keine christlichen Missionare dorthin. Zwei Drittel der heute rund 1.000 Einwohner sind Chinesen. Die meisten von ihnen sind Daoisten, sie haben auf der Insel zahlreiche Tempel errichtet. Die Malaien, 20% der Bevölkerung, sind Muslime. Die kleinen, dem Bericht zufolge aber sehr regen christlichen Gemeinden auf Christmas Island werden von engagierten Laien geleitet.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Jüdische Spuren in China: Shanghai und Harbin

Shanghai. Die Stadt Shanghai möchte trotz Bedenken seitens der chinesischen Investoren die alte Straße mit der Ohel-Moishe-Synagoge im Shanghaier Stadtviertel Hongkou (Hongkew) erhalten und ihr ursprüngliches Aussehen wiederherstellen. Hongkou gehörte zum nordöstlichen Teil der sog. Internationalen Niederlassung Shanghais und wurde 1937 von den Japanern besetzt. Vor über fünf Jahrzehnten, in den Jahren 1938–1945, lebten in diesem Distrikt (heute als Tilanqiao bekannt) mindestens 25.000 jüdische Flüchtlinge aus Europa, meistens aus Österreich, Deutschland und Polen. Die meisten Juden verließen Shanghai 1945 und gingen in die USA, nach Australien, England und Palästina. 1976 zählte man in Shanghai zehn Juden. Die jüdische Vergangenheit des Stadtviertels war danach in Vergessenheit geraten. Auf Initiative von Überlebenden sowie zahlreicher jüdischer Unternehmer aus dem Ausland möchte die Stadtregierung nunmehr das alte Hongkou renovieren und zu einer touristischen Attraktion machen. Es wurde zu einer von zwölf „denkmalgeschützten historischen Zonen“ der Stadt erklärt. In diese Planung ist auch W. MICHAEL BLUMENTHAL, der Leiter des Berliner Jüdischen Museums und selbst ein „Shanghaier“, involviert. – Dieses Jahr zog es über 500 jüdische Touristen nach Hongkou.

Fünf der ursprünglich sieben Shanghaier Synagogen wurden zerstört bzw. für andere Zwecke umgebaut. Die ohne Baugenehmigung errichteten Gebäude um die 1927 von russischen Juden erbaute Ohel-Moishe-Synagoge sollen nun so schnell wie möglich beseitigt werden. Die Renovierung wird sich den Plänen zufolge auf die historischen Bauten konzentrieren, die dann nicht unbedingt kommerziellen Zwecken zugewiesen werden sollen, es soll vielmehr dadurch „kulturelle Atmosphäre“ geschaffen werden.

Die jüdische Präsenz in Shanghai, dem sog. „Paris des Ostens“, geht schon auf das 19. Jh. zurück, als nach den Opiumkriegen (1840–1842) DAVID SASSOON, ein irakischer Jude und Opiumhändler, nach Shanghai kam. Er gründete dort ein Familienimperium mit zahlreichen Bauten, die bis heute erhalten sind (z.B. das heutige Peace Hotel). Mit ihm entstand in Shanghai eine bagdadische (sephardische) jüdische Gemeinde. Weitere einflußreiche Familien waren die HARDOONS (die Bebauer der Nanjing Road) und die KADOORIS (Marble Hall).

Auch in Deutschland gab es bereits vor einigen Jahren eine Berliner Initiative, die jüdischen Spuren in Shanghai zu erhalten, da sie auch ein wichtiges Kapitel der deutsch-chinesischen Geschichte darstellen (siehe dazu *Asien* 2000, Nr. 76, S. 134-136; *das neue China* 27 (2000) 2, S. 40).

In Shanghai gibt es unter der Leitung von Prof. PAN GUANG ein Zentrum für Jüdische Studien an der Shanghaier Akademie der Sozialwissenschaften, das zahlreiche Materialien über die Shanghaier Juden veröffentlicht hat.

Harbin. An einen anderen Ort der jüdischen Präsenz in China erinnerte vor kurzem *Beijing Review*. In zwei Artikeln wurde über die Geschichte der Juden in der Stadt Harbin, dem „Orientalischen Moskau“, berichtet. Anlaß war der Besuch von über 100 jüdischen ehemaligen „Harbinern“ in Harbin Ende August d.J. Sie kamen aus Rußland, Australi-

en, Israel, den USA und Großbritannien, um an einem Symposium über jüdische Kultur und Geschichte teilzunehmen, das vom Forschungszentrum für Judaistik der Heilongjiang Akademie der Sozialwissenschaften, der Israelisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft und der Vereinigung Ehemaliger Einwohner Chinas organisiert wurde. Aus diesem Anlaß wurde auch eine Ausstellung „Juden in Harbin“ mit 400 Fotos vorbereitet.

Nach Harbin kamen die Juden Ende des 19. Jh. Die Stadt war zunächst ein Zufluchtsort für Juden aus Rußland, vor allem nach der Ermordung von Zar ALEXANDER II., als in Rußland die ersten Pogrome gegen die Juden begannen. Im Laufe der Zeit kamen immer mehr Juden auch im Zusammenhang mit dem Bau der Ostchinesischen Eisenbahn, die China mit der Transsibirischen Eisenbahn verbinden sollte. Das jüdische Leben blühte, und es entwickelte sich eine reiche jüdische Gemeinschaft, die auch Juden aus anderen osteuropäischen Ländern anzog. Harbin beherbergte eine jüdische Zuckerfabrik, jüdische Banken, Geschäfte, Apotheken, Schulen, ein jüdisches Symphonieorchester und natürlich Synagogen. Zeitungen und Zeitschriften, u.a. *Der Vayter Mizrekh* (Der Ferne Osten), wurden in Russisch, Jiddisch und Hebräisch herausgegeben. In Harbin lebten in den 1930er Jahren mehr als 20.000 Juden. Hier entstanden u.a. die Zionistische Bewegung sowie die revisionistische Betar-Bewegung. Eine Verfolgung von Juden war unbekannt, und der Exodus begann erst mit der japanischen Invasion der Mandschurei 1931 und dann nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1949. Bis 1951 hatten alle Juden die Stadt verlassen; die meisten von ihnen gingen nach Australien oder in die USA. Heute lebt nur ein Jude ständig in Harbin, es gibt aber zahlreiche jüdische Sprachstudenten.

Harbins jüdischer Friedhof auf dem Berg Huangshan, gegründet 1903, ist 6.500 qm groß und hat 605 Grabstätten, die 1991 nach den Zerstörungen der Kulturrevolution renoviert wurden. Er zählt zu den größten jüdischen Friedhöfen in Ostasien. Anlässlich des genannten Symposiums wurden auf dem Friedhof Gebete abgehalten. Man plant zudem die Renovierung von jüdischen Gebäuden (Zentralstraße, Synagogen, Schulen, Läden). Die sog. „Neue Synagoge“, gebaut 1921, soll beispielsweise renoviert und als Museum und Ausstellungsort (u.a. für die Fotoausstellung „Juden in Harbin“) dienen.

Zu den „Harbinern“ zählt auch der 89jährige polnische Jude ISRAEL EPSTEIN, der chinesischer Staatsbürger wurde und Mitglied des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ist. Er veröffentlichte das Buch *The Jews of Harbin* sowie seine Memoiren *Jianzheng Zhongguo* („Als Augenzeuge in China“, Beijing 2004; siehe dazu eine ausführliche Besprechung in *China Daily* vom 17. Juni 2004).

In Harbin gibt es – wie in Shanghai – ein Jüdisches Forschungszentrum, das mit der Akademie der Sozialwissenschaften affiliert ist.

*

Im Zusammenhang mit der jüdischen Präsenz in China sei hier noch auf eine neue Publikation hingewiesen, nämlich auf die Broschüre von SHALOM SALOMON WALD, *China*

and the Jewish People. Old Civilizations in a New Era (Jerusalem 2004. ISBN 965-229-347-4). Dabei handelt es sich um ein sog. *Strategy Paper* des *Jewish People Policy Planning Institute* (Jerusalem – Paris). In dieser 120seitigen, sehr aufwendig gestalteten Broschüre werden vor allem die politische Seite der jüdisch-chinesischen bzw. sino-israelischen Beziehungen in der Ära der Globalisierung und ihre Perspektiven besprochen, es wird aber auch auf die Geschichte der jüdischen Präsenz in China hingewiesen (u.a. auf das bis heute aktuelle „Problem“ der Anerkennung der Juden von Kaifeng als Minderheit bzw. Religion). Interessant sind die Passagen über die Ansichten der Juden zu den Chinesen und der Chinesen zu den Juden. Im Anhang findet man hierzu lesenswerte Materialien, z.B. den Fragebogen, mit dem WALD chinesische Universitätsstudenten in bezug auf Juden, Judentum und Israel interviewt hat, sodann die Titel der studentischen Arbeiten über jüdische Kultur und Geschichte an der Henan-Universität in Kaifeng im Sommer 2003 und schließlich die Ergebnisse der Interviews mit Beijinger Studenten über deren Verständnis des Judentums.

Die Adresse des *Jewish People Policy Planning Institute*, von dem die Broschüre bezogen werden kann, lautet: 2 Pinsker Street, P.O. Box 4689, Jerusalem 92228, Israel. Email: info@jpppi.org.il; http://www.jpppi.org.il. Die Email-Adresse des Verfassers der Broschüre ist: s.wald@libertysurf.fr

Quellen (2004): *China Daily* 20.08.; JONATHAN KAUFMAN, „Shalom Shanghai“, in: *FEER* 7.10.2004, S. 52f.; *Points East* 19 (2004) 3, *passim*; TANG YUANKAI, „Jews of Harbin“, in: *Beijing Review* 14.10., S. 22f.; YUAN KAI, „Not Forgotten“, in: ebd., S. 24f.; CRI/China.org.cn (27.05.); www.exil-shanghai.de. – Zu den Juden in China siehe auch: ROMAN MALEK (ed.), *From Kaifeng ... to Shanghai. Jews in China*. Monumenta Serica Monograph Series XLVI (Sankt Augustin – Nettetal 2000); DAVID L. BLOCH, *Holzschnitte. 木刻集. Woodcuts. Shanghai 1940–1949*. Hrsg. von BARBARA HOSER – ROMAN MALEK – KATHARINA WENZEL-TEUBER (Sankt Augustin – Nettetal 1997); MAISIE J. MEYER, *From the Rivers of Babylon to the Whangpoo. A Century of Sephardi Jewish Life in Shanghai* (Lanham – New York – Oxford 2003).

ROMAN MALEK

Feier zum Pontifikat von Papst JOHANNES PAUL II.

Etwa 200 geladene Gäste, darunter die Mitglieder der Bischofskonferenz mit ihrem Vorsitzenden Kardinal PAUL SHAN GUOXI (SHAN KUO-HSI) SJ, Vertreter des Klerus, Missionare, Ordensfrauen, Staatsvertreter und Angehörige des diplomatischen Korps sowie geladene Gläubige, erschienen am 18. Oktober 2004 in Taibeis Apostolischer Nuntiatur zur 26. Jahrfeier des Pontifikats von Papst JOHANNES PAUL II. Zum Auftakt sang ein Chor der Kirche zur Heiligen Familie die Hymnen beider Länder.

In seiner Ansprache bezeichnete Außenminister CHEN TANSUN in Vertretung des Präsidenten den Heiligen Vater aufgrund dessen moralischer Prinzipien und Verfechtung menschlicher Werte als einen der am meisten bewunderten Persönlichkeiten in der Welt. Er sei überzeugt, daß unter dessen Ägide die Beziehung mit Taiwan eng bleiben, ja noch wachsen werde: „Mit dem Vatikan vereint in der Sorge um die Armen, bietet auch die Insel jede Art von humanitärer und karitativer Hilfe an.“ Dankbar erinnerte sich CHEN, dessen Eltern katholisch sind, an seinen Besuch in

Rom im August dieses Jahres. Abschließend gab er der Hoffnung Ausdruck, Papst JOHANNES PAUL II. möge durch seinen Einfluß Frieden zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sowie Religionsfreiheit auf dem Festland erwirken: „Dies ist auch zutiefst unser Anliegen.“

Der gastgebende *Chargé d’Affaires ad interim* der Apostolischen Nuntiatur, Msgr. AMBROSE MADTHA, wies auf das lebendige Interesse am Papst in Taiwan hin. Die vom jesuitischen *Kuangchi Program Service* produzierte chinesische Dokumentation seiner Autobiographie wurde bereits zum wiederholten Male vom *Ta Ai Television Channel* ausgestrahlt.

Am 23. Oktober 2000 jährte sich zum 62. Mal das Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik China. Präsident CHEN SHUIBIANS Regierung gewährte 233 MissionarInnen aus aller Welt, die bereits seit 20 oder mehr Jahren in Taiwan arbeiten, eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Für ihre Verdienste um eine Wanderausstellung mit Bildern über Leben und Werk des Heiligen Vaters erhielt MARIA CHAN YI-CHING von der *Chinese Catholic Cultural Association* das päpstliche Ehrenzeichen *Pro Ecclesia et Pontifice*. Gleichfalls geehrt wurde der Jesuitenpater IGNATIUS SHEN TEH-CHUNG für sein meisterhaftes Gemälde des Papstes. Kardinal PAUL SHAN überreichte ihm eine Silbermedaille des jetzigen Pontifikats.

Vor der Feier in der Nuntiatur stand Kardinal PAUL SHAN in der Kirche zur Heiligen Familie einer Eucharistiefeier vor, an der neben zahlreichen Gläubigen alle Diözesanbischöfe sowie eine Reihe von Bischöfen im Ruhestand teilnahmen.

WILLI BOEHI

Altes Ritual am Konfuziustag -----

Ca. 500 Personen, darunter auch Ausländer und Touristen, verfolgten am 28. September 2004 im Konfuziustempel die traditionelle Feier zum 2554. Geburtstag von KONFUZIUS. Eine Gruppe Delegierter war eigens aus Japan angereist.

Bürgermeister MA YINGJIN stand den uralten Riten vor, während Innenminister SU JIAQUAN in Vertretung von Präsident CHEN SHUIBIAN Weihrauchstäbchen entzündete. Auch ein Nachfahre des Geehrten im 77. Grad, KONG DECHENG, nahm an der Zeremonie teil. Primarschüler führten den klassischen „Liuyi“-Tanz auf, während Mittelschüler auf alten Instrumenten Melodien aus dem 5. Jh. v.Chr. spielten.

Offenbar erlebten viele Besucher die Riten zum ersten Mal. Am Ende der Zeremonie verteilte Bürgermeister MA „Weisheitskuchen“, verbunden mit dem Wunsch, durch die Lehren von KONFUZIUS weiser zu werden. Auch an anderen größeren Orten der Insel fanden in den Konfuziustempeln entsprechende Gedenkfeiern statt.

Bis vor einigen Jahren war der 28. September, der „Tag der Lehrer“, schulfrei. Mit der Einführung der Fünftagewoche im Jahre 2000 fiel dieser Termin der neuen Zeit zum Opfer. In diesem Jahr war der Tag allerdings ein Feiertag, da er mit dem Mondfest, einem der vier großen traditionellen staatlichen Feiertage (neben Chinesisch Neujahr, Qing-

ming [Totengedenktag] und Drachenbootfest) zusammenfiel

WILLI BOEHI

Gutes Geschäft mit der Asche von Veteranen -----

Hunderte von unverheirateten Kriegsveteranen in Taiwan schließen mit Bestattungsfirmen Verträge ab, wonach ihre Asche nach ihrem Ableben an ihre Geburtsorte auf dem chinesischen Festland überführt und dort bestattet werden soll. Obwohl dies dem geltenden Gesetz zuwiderläuft, wollen die Betroffenen ihre „fallenden Blätter zurück beim Stamm“ haben, d.h. in ihrer ursprünglichen Heimat begraben werden. Die meisten von ihnen flüchteten 1949 vom Festland nach Taiwan.

Die Bestattungsunternehmen versuchen, daraus reichlich Kapital zu schlagen, und bieten Tausenden entsprechende Beerdigungsverträge in Höhe von NT\$ 30.000 (ca. 750 Euro) an. Darin inbegriffen sind die Überführung der Asche sowie die Beisetzung an jedem beliebigen Ort in China. Von dem Betrag gehen NT\$ 18.000 (ca. 450 Euro) an die Reiseagentur, die für den Transport der Urne verantwortlich ist.

Dagegen hält die *Vocational Assistance Commission for Retired Servicemen (VACRS)* fest: „Diese Praxis läuft dem Gesetz zuwider, da die Asche Eigentum der hinterbliebenen Familie ist. Nur die nächsten Verwandten eines verstorbenen Veteranen sind berechtigt, über die Asche zu verfügen.“ Bisher gab die VACRS allerdings noch nicht bekannt, ob sie gegen die eifrigen Totengräber vorgehen wird.

WILLI BOEHI

Konferenzen

„Umweg und Zugang“ -----

Sinologie als eine neue Hermeneutik für den Westen – der französische Beitrag. Bericht über das zweite internationale sinologische Symposium der Furen-Universität

Die internationalen sinologischen Symposien der katholischen Furen-Universität werden von dem Sinologischen Forschungszentrum Monumenta Serica (chinesisch *Huayi xuezhi Hanxue yanjiu zhongxin*; englisch *Monumenta Serica Sinological Research Center*) an der Fakultät für Fremdsprachen der Furen-Universität organisiert. Das erste Symposium mit dem Titel „Der akademische Dialog mit China: Monumenta Serica als Fallbeispiel“ wurde am 26. und 27. September 2003 an der Furen-Universität abgehalten (vgl. *China heute* 2003, S. 208f.).

Das Sinologische Forschungszentrum Monumenta Serica ist die Zweigstelle des Institutes Monumenta Serica, das sich in Sankt Augustin bei Bonn befindet. Am 1. August 2002 haben das Institut Monumenta Serica und die Fakultät für Fremdsprachen gemeinsam das Zentrum ins Leben gerufen. Somit wurden die Anfänge der sinologischen Zeitschrift *Monumenta Serica*, die in die Pekingzeit der Furen-Universität (1934–1935) zurückgehen, mit der ge-

genwärtigen, 1961 auf Taiwan wiedereröffneten katholischen Furen-Universität aufs neue verknüpft.

Das zweite internationale sinologische Symposium an der Furen-Universität mit dem Titel: „Umweg und Zugang: Sinologie als eine neue Hermeneutik für den Westen – der französische Beitrag“ wurde am 5. und 6. November 2004 ausgetragen. Zielsetzung des Symposiums war, für die akademische Welt in Taiwan, insbesondere für die Kreise der taiwanesischen Sinologie und der vergleichenden Philosophie, inbegriffen sowohl Akademiker als auch Studenten (dabei waren auch die französischsprachigen Kreise auf Taiwan mit eingeladen), einen besonderen Aspekt der europäischen Sinologie aufzuzeigen, d.h. ihre vergleichende, komparatistische Dimension. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das philosophische und sinologische Denken von FRANÇOIS JULLIEN als Kern des Symposiums genommen. Der 1951 geborene FRANÇOIS JULLIEN gehört zu den führenden Figuren im gegenwärtigen französischen philosophischen Diskurs. Sein Denkweg als Umweg und Zugang repräsentiert eine hochinteressante vergleichende Methode zwischen China und Europa. Dadurch hat JULLIEN die Aufmerksamkeit zeitgenössischer Intellektueller in Europa und darüber hinaus auf sich gezogen.

Das philosophische Denken FRANÇOIS JULLIENS mit seinem ausdrücklich sinologischen Gehalt gilt einer Neubestimmung des europäischen Denkens. China ist für ihn ein äußerer Punkt, von dem her das europäische Denken zu befragen ist. JULLIEN fand seine Denkposition in einer dreifachen Überschreitung: 1. Er verließ die indoeuropäische Sprachtradition (namentlich das Sanskrit), denn die chinesische Sprache (sowohl die gesprochene als auch die geschriebene) gehört zu einem merkwürdig Andersartigen. 2. Er überschritt die geschichtlichen Verbindungen, indem er die hebräische (mit der die christliche Idee der Offenbarung Gottes in Verbindung steht) und arabische Welt hinter sich ließ. 3. Als Philosoph (und nicht als Anthropologe) zeigt er Interesse an einem schriftlich festgehaltenen und kommentierten Kontext des Denkens. Die schriftlich fixierte chinesische Tradition bietet ein überwältigend reiches „Hinübergehen“ an. Diese dreifache Überschreitung bildet in der Überzeugung FRANÇOIS JULLIENS eine sprachliche und geschichtliche Andersheit, die ihrerseits für das europäische Denken einen äußersten Punkt des Vergleiches anbieten könnte. Dies ist aber nur ein Teil seiner Denkbewegung, d.h. die Form des Umweges, die dem europäischen Denken mit seinen Ideen der Philosophie, des Seins, der Offenbarung Gottes und des Ideals der Freiheit und so weiter ein Gefühl der Fremdheit und Andersheit geben sollte. Der zweite Teil ist der Zugang oder die Rückkehr. Über China versucht JULLIEN, die Voraussetzungen der europäischen Vernunft in den Blick zu bekommen, indem er schrittweise zu ihnen vordringt. Es ist der kühne Versuch, das Ungedachte (das von der eigenen Denkperspektive her denkerisch Undurchdringbare), auf das sich das europäische Denken stützt, mit Hilfe des chinesischen Denkens besser zu erfassen.

In seinem Referat „Von Griechenland nach China – Umweg und Zugang: grundlegende Stellungnahmen“ legte FRANÇOIS JULLIEN die grundlegenden Koordinaten seines

Denkweges dar: 1. Die Logik des Umweges (die oben skizziert wurde). 2. Heterotopie (der ursprünglich von M. FOUCAULT geprägte Begriff bezeichnet, als Gegensatz zur Utopie, einen schon jetzt real existierenden Raum, der sich eine Ordnungsstruktur geschaffen hat) verweist im Sprachgebrauch JULLIENS auf die Orte Europas und Chinas und ihre Andersheit (insbesondere im Hinblick auf ihre Sinngebilde). Für ihn ist es wichtig, daß man sich beiderseits mehr anstrengt, d.h. daß man den beiderseitigen Indifferentismus diesbezüglich aus dem Wege räumt und tiefer zu Differenzen, Unterschieden vordringt und sie kennenlernt. 3. Die Frucht des Umweges – die Rückkehr. Der Umweg zeitigt zwei Ergebnisse: a) Man lernt eine andersartige Logizität oder Intelligibilität kennen. Der Umweg beinhaltet auch die Rückkehr als das weitere Hinterfragen von außen her. 4. Dies könnte man als eine Art „Dekonstruktion von außen her“ bezeichnen, um einerseits dem simplizistischen Universalismus und andererseits dem billigen Relativismus aus dem Wege zu gehen. Dieser Prozeß wird mit dem französischen Wort *décaler* umschrieben: a) den gewohnten Denkraum auflockern, damit man einen neuen Denkweg in Gang bringen kann, und b) gewisse Krümmungen (*les cales*) aus dem Wege räumen, die die Verantwortung für übertriebene Stabilisierung, Standardisierung oder „Verkalkung“ des Denkens tragen. 5. Dies zieht die Arbeit „des Auflockerns des Denkraumes“ zwischen Ost und West nach sich. 6. Auf diesem Wege kommt man zur Neubefragung der Philosophie. FRANÇOIS JULLIEN erläuterte dies anhand von zwei Phänomenen im Osten und in Europa, und zwar der Phänomene der Nacktheit und der Zeit. 7. Bei dieser Denkbewegung kann man nicht umhin, die erhobenen Einwände mit Argumenten und mit Hilfe der Intelligibilität zu beheben. 8. Auf diese Weise entdeckt man die Vorkategorien des Vorurteils, insbesondere die des europäischen Denkens, dem das chinesische so als ein „Aufdecker“ fungiert. 9. Der letzte Punkt von JULLIENS Referat hieß „Der ideologische Spieleinsatz: Universalität und Uniformität“. In diesem Punkt warnte er vor der Verwechslung zwischen Universalität (die auf der Vernunft aufbaut) und Uniformität (die z.B. durch technisch-technologisches *Know-how* erreicht werden kann). JULLIEN geht es letzten Endes um einen echten Dialog der Kulturen. Dabei arbeitet er die Unterschiede zwischen dem Denken Chinas und Europas heraus, weil er überzeugt ist, man brauche die Unterschiede, um überhaupt echt zu denken! Er versteht diesen Dialog als Arbeit am *dia* des Gegensatzes (Unterschiede, Differenzen) durch den *logos* (Vernunft) als Diskurs zur Erarbeitung von Kohärenzen und zur Hervorbringung von Intelligibilitäten.

Dieses Referat war für FRANÇOIS JULLIEN eine erste Gelegenheit, auf Taiwan die Grundgedanken seines Denkansatzes einem breiteren Kreis vorzutragen. Während des Symposiums gab es noch vier weitere Referate, die sich direkt auf das Denken JULLIENS bezogen:

1. PHILIPPE JOUSSET (Universität Grenoble III), „Die Wahl, Zweifel zu haben, ist ein Erlebnis des Glückes“. JOUSSET begriff den Denkweg FRANÇOIS JULLIENS als Neubestimmung des europäischen Denkens und als eine Art des Sich-Selbst-in-Frage-Stellens. Dies sei nicht unbedingt eine

Bedrohung, sondern – wie bei JULLIEN – eher eine Glückssuche. Bei dem Nachzeichnen dieser Suche bei JULLIEN stellte JOUSSET auch Bezüge zu anderen Denkern wie HEGEL, NIETZSCHE, WITTGENSTEIN oder FOUCAULT her.

2. PIERRE CHARTIER (Universität Paris), „Lektüre von nah und fern: In François Julliens Denken ist China ein theoretisches Werkzeug“. Dieser Beitrag konzentrierte sich auf JULLIENS Interesse an einem schriftlich festgehaltenen und kommentierten Kontext des chinesischen Denkens. CHARTIER erläuterte die Originalität der Denkbewegung JULLIENS im Vergleich mit anderen Sinologen und deren Möglichkeit, Vorurteile (denkerische „Falten, Plissees“) aufzuzeigen. Dieses Vorgehen nennt CHARTIER „Lektüre von nah und fern“, die auch mit der Übersetzungsarbeit als Interpretation des schriftlich Festgehaltenen zu tun hat. Er ist überzeugt, daß der theoretische Ansatz JULLIENS sowohl ein besseres Verständnis der chinesischen Klassiker und Literatur als auch westlicher Werke bewirken könne.

3. ALAIN RIOU (Abteilung für französische Sprache und Literatur, Furen-Universität), „Die Kontrast-Studien François Julliens“. Der Referent problematisierte das Kontrastdenken JULLIENS aus christlicher Denkperspektive. Zuerst arbeitete RIOU anhand JULLIENS zahlreicher Werke die Charakteristika der Kontrast-Studien heraus. Dann stellte er als Christ, auch unter Einbeziehung z.B. von JACQUES GERNETS *Christus kam bis nach China. Eine erste Begegnung und ihr Scheitern* (Zürich – München 1984), gewisse Behauptungen des Kontrast-Denkens in Frage. Vor diesem Hintergrund entwickelte RIOU einen allgemeinen Diskurs zur Hinterfragung von JULLIENS Denkansatz.

4. WOLFGANG KUBIN (Sinologisches Seminar, Universität Bonn), „*Sinologia, quo vadis?* Eine Polemik zum Stand der Sinologie“. Angesichts des epochalen philosophisch-sinologischen Denkens von FRANÇOIS JULLIEN fragte KUBIN nach dem Standort der Sinologie in Europa und in der Welt. Insbesondere unterstrich er die Originalität des Denkansatzes von JULLIEN, der die Barriere des sinologischen Denkens, insbesondere in den Vereinigten Staaten, wo die Idee der politischen Korrektheit nicht nur dieses Denken in Bann hält, sprengte. JULLIENS Denken hat nach KUBINS Überzeugung den Mut, den sogenannten „Negativkatalog“, wie z.B. China kenne keine Seins- und Gottesidee, keine Offenbarung und so weiter, offenzulegen. Für KUBIN ist es wichtig, daß es möglich sei, auf einem Umweg über das Fremde das Eigene besser zu erkennen, d.h. z.B. Europa durch China (JULLIEN) und umgekehrt. Dafür gebe es allerdings zwei wichtige Voraussetzungen: genaue Kenntnis aller in Frage kommenden Sprachen sowie der hinter ihnen liegenden Geschichte. Nach KUBINS Überzeugung erfüllt das Denken sowohl von ROLF TRAUZETTEL (*emeritus* der Universität Bonn) als auch von FRANÇOIS JULLIEN diese Voraussetzungen.

Neben diesen Beiträgen um das Denken von FRANÇOIS JULLIENS gab es einen Beitrag von HUANG MENGLAN (Abteilung für französische Sprache und Literatur, Furen-Universität), „Überblick über die französische Sinologie“. Dieser Beitrag ist eine Frucht des Projektes des Sinologischen Forschungszentrums Monumenta Serica zur Förderung sinologischer Studien an der Fakultät für Fremdspra-

chen der Furen-Universität. HUANG MENGLAN zeichnete ein diachronisches und synchronisches Panorama der französischen Sinologie nach, die in Europa nach wie vor eine führende Stellung einnimmt.

Der letzte Beitrag des Symposiums als eine Blickschärfung auf das, was Sinologie oder China-Wissenschaften heißt, war der Vortrag von HANS KUIJPER (Rotterdam, Niederlande), „China-Studien: Eine kritische Evaluierung“. Das Referat zeigte die vieljährigen Bemühungen des Autors zur Aufrechterhaltung des wissenschaftlichen Niveaus der sinologischen Forschung und zur Szientifizierung ihrer Methoden. Er drückte die Sehnsucht nach *principia sinologica*, die China als China beschreiben und analysieren könnten. Auch stellte er ein Forschungsmodell *tetrahedron* für sinologische Forschung in Aussicht. Dabei ermutigte er Sinologen auch zur Übersetzungsarbeit, denn diese Art sinologischer Arbeit, obwohl bescheiden, sei durchaus wichtig.

Im Durchschnitt gab es 70 bis 80 Teilnehmer bei jeder Symposiumssitzung. Diesmal arbeitete das Sinologische Forschungszentrum Monumenta Serica insbesondere mit der Abteilung für französische Sprache und Literatur aufs engste zusammen. Dies kann auch als ein wichtiger Schritt des Zentrums im Prozeß des Hineinwachsens in die Fakultät für Fremdsprachen, zu der es gehört, gelten. Mitorganisator dieses zweiten Symposiums war das Zentrum für China-Studien der Nationalbibliothek in Taipei. Darüber hinaus arbeitete das Zentrum mit dem Institut für chinesische Philosophie und Literatur der Academia Sinica zusammen. Zu unterstreichen gilt, daß an dem Symposium drei Vertreter der akademischen Kreise aus Festland-China teilnahmen (YAN CHUNDE, GENG SHENG und ZHANG XI-PING).

Das Symposium war insgesamt ein erfolgreiches Ereignis im akademischen Leben der Furen-Universität und Taiwans. Die Beiträge dieses Symposiums werden zweisprachig (Französisch und Chinesisch) als dritter Band der Buchreihe des Zentrums (Furen daxue Huayi xuezhì congshu) veröffentlicht.

ZBIGNIEW WESOŁOWSKI SVD

Kurz notiert * Chronik-----

♦ China hat drei Kirchen in Macau für die Aufnahme in die **Weltkulturerbeliste** der UNESCO 2005 nominiert. Es handelt sich um die Seminarkirche S. José (1750), die Ruinen der Kirche S. Paolo (erbaut um 1600) und die Kapelle Nossa Senhora da Guia (17. Jh.). Falls der Antrag genehmigt wird, wären dies die ersten christlichen Weltkulturerbestätten auf chinesischem Boden (UCAN 16.07.2004).

♦ Der aus der Yuan-Zeit (1279–1368) stammende **Xuguo-Tempel** im Beijinger Distrikt Xicheng **brannte fast völlig ab** (*China Daily* 22.06.2004). Er stand nicht auf der Liste der zu beschützenden Objekte. Dies ist für die Behörden ein Warnsignal, insbesondere historische Tempelobjekte besser vor Feuer zu schützen. Gleichzeitig aber werden unter diesem Etikett restriktive Maßnahmen gegen „illegal“ errichtete Kultstätten durchgeführt, wie nach dem Brand in einem „illegalen“ Tempel in Zhejiang im Februar d.J. (siehe *China heute* 2004, S. 11).

- ◆ Die frühere **Anglikanische Kathedrale Shanghais**, 1869 von dem britischen Architekten GEORGE GILBERT SCOTT erbaut, ist an die protestantische Kirche **zurückgegeben** worden. Der Chinesische Christenrat und die Drei-Selbst-Bewegung verlegten ihren Hauptsitz an die in der Jiujiang-Straße gelegene Kirche und weihten dort am 6. Juni 2004 feierlich einen neugebauten Bürotrakt ein. Die Kirche selbst soll nach der Renovierung wiedereröffnet werden. Sie diente in den vergangenen Jahrzehnten u. a. als Polizeistation und Visabüro (*Amity News Service* 13 [2004] 5/6, S. 1-3; *China Daily* 9.06.2004; *The Telegraph* 14.06.2004).
- ◆ Bischof **PETER KWONG** wurde am 13. September 2004 als **Erzbischof der Anglikanischen Provinz Hongkong** wiedergewählt. Die anglikanischen Diözesen von Hongkong und Macau waren 1991 zu einer Provinz erhoben worden, wodurch sie autonomes Mitglied der weltweiten *Anglican Communion* wurden. 1998 wurde Bischof KWONG zum ersten Erzbischof der Provinz gewählt (*Sunday Examiner* 3.10.2004).
- ◆ Das Katholische Bildungsbüro hat am 21. September beschlossen, an den **katholischen Schulen Hongkongs** derzeit **keine Schulverwaltungsräte**, wie sie in der im Juli d.J. vom Legislativrat verabschiedeten *Education (Amendment) Bill 2002* vorgeschrieben sind, einzuführen. Da die Einführung von Schulverwaltungsräten erst ab Juli 2007 verpflichtend sei, wolle das Büro zunächst seine bisherige Politik fortsetzen, Eltern und Lehrer zur Beteiligung an der Schulgestaltung einzuladen (*Sunday Examiner* 24.10.2004; vgl. *China heute* 2004, S. 136f.).
- ◆ Die 35jährige Hongkonger Katholikin **JACKIE HUNG LING-YU** wurde von der Zeitschrift *Time* am 11. Oktober in eine Liste von 20 „**Helden Asiens**“ aufgenommen. Frau HUNG, eine Mitarbeiterin der Kommission *Justitia et Pax* der Diözese Hongkong, war Initiatorin und Sprecherin der *Civil Human Rights Front*, die die pro-demokratischen Demonstrationen vom 1. Juli 2004 organisierte (*UCAN* 8.10.2004).
- ◆ Das *Asian Centre for the Progress of People* feierte am 18. Oktober mit einer katholischen Dankmesse sein **25jähriges Bestehen**. Das in **Hongkong** beheimatete Zentrum dokumentiert Gewalt, Verletzung gesetzlicher Rechte und Beschränkung der Religionsfreiheit durch Regierungsbeamte vor allem in Thailand, Bangladesch, Indien, Sri Lanka und Pakistan, aber auch in anderen asiatischen Ländern. Durch Briefaktionen versucht es in konkreten Fällen zu helfen. Diese Art öffentlichen Drucks habe sich, so der Vorstandsvorsitzende MIKE DONELSON, als wirksam erwiesen. Das Zentrum ist unter www.acpp.org im Internet zu finden (*Sunday Examiner* 24.10.2004).
- ◆ Der **Fernsehdocumentarfilm „The Way to Tibet“** hat auf dem Internationalen katholischen Film- und Multimedia-Festival in Niepokalnow (Polen) 2004 den **Maximilian-Kolbe-Preis** in der Kategorie Dokumentarfilm gewonnen. Er zeigt das Leben katholischer Emigranten aus Tibet, die in entlegenen Bergregionen Yunnans ihren Glauben bewahren. Der Film wurde vom *Diocesan Audio Visual Centre* der Diözese Hongkong produziert; Regie führte TIN SHING-WONG (*Sunday Examiner* 31.10.2004).
- ◆ Der **Vertrieb von Büchern in China** wird bis Ende des Jahres **ausländischen Unternehmen geöffnet**. Dazu hatte sich das Land mit seinem WTO-Beitritt 2001 verpflichtet. Zukünftig sind ausländische Investitionen im Groß- und Einzelhandel mit Büchern, Zeitungen und Zeitschriften möglich, ebenso der Handel mit Copyrights; die Buchproduktion selbst bleibt ihnen aber weiterhin verschlossen. Der *Xinhua Bookstore*, der staatliche Distributor für zwei Drittel aller chinesischen Publikationen, soll durch die Zulassung ausländischen Kapitals in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. – Fuß auf dem chinesischen Buchmarkt fassen wollen auch einige **christliche Verlage aus Hongkong**, die kürzlich im Rahmen der 11. internationalen Buchmesse in Beijing ihre Publikationen vorstellten. Copyrights für christliche Bücher aus Hongkong und auch aus Taiwan sind auf dem chinesischen Festland nachgefragt, da die dortige Buchproduktion zu christlichen Themen noch unterentwickelt ist (*China Daily* 9.08.2004; *IHT* 19.08.2004; *UCAN* 6.10.2004).
- ◆ In einem Pamphlet gegen die ZK-Propagandaabteilung, das auch im Internet bei www.observechina.net erschien, **kritisiert der bekannte Essayist JIAO GUOBIAO den Propaganda-Apparat** des Landes und vergleicht dessen Funktionieren interessanterweise mit der römisch-katholischen Kirche. Seiner Meinung nach sollen die Propaganda-Behörden in ihrer Arbeit u. a. nicht „Philosophie und Methoden benutzen, die nicht mehr der gegenwärtigen Zivilisation entsprechen“ (vgl. *China aktuell* 2004, S. 509). In seinem durchaus wichtigen Artikel operiert der Verfasser jedoch mit einigen weiteren Stereotypen bezüglich des Buddhismus, der Jesuiten in China sowie der chinesischen Geschichte. Es ist interessant festzustellen, daß Bilder, die in der Vergangenheit durch die Kommunisten zur Bekämpfung bestimmter „Phänomene“ (u. a. der Religion) benutzt wurden, heutzutage gleichermaßen von jüngeren Intellektuellen in ihrem Kampf um Reformen verwendet werden.
- ◆ Das Buch *Untersuchung zur Lage der chinesischen Bauern (Zhongguo nongmin diaocha)* von **CHEN GUILI und WU CHUNTAO**, eine Sozialreportage über Bauern in der Provinz Anhui, erhielt im Oktober den diesjährigen **Lettre Ulysses Award for the Art of Reportage**. Das Schriftstellerehepaar CHEN und WU prangert darin die sozialen Ungerechtigkeiten an, die chinesische Bauern durch behördliche Willkür, ungerechte Besteuerung und Gewaltakte erdulden müssen. Drei Jahre arbeiteten CHEN und WU an ihrer Reportage, für die sie Tausende von Bauern an mehr als 50 Orten der Provinz interviewten. Die Reportage, die zuerst Ende 2003 als Vorabdruck in der Literaturzeitschrift *Dangdai* und dann als Buch im Verlag für Volksliteratur erschien, wurde ein großer Verkaufserfolg, aber im März 2004 von den Behörden aus dem Vertrieb genommen. Seitdem kursiert das Werk nur noch in Raubkopien. Der Buchpreis der Zeitschrift *Lettre International* (Berlin), der in Kooperation mit dem Goethe-Institut vergeben und von der *Aventis Foundation* gefördert wird, ist der weltweit einzige Preis für Reportageliteratur und wurde 2004 zum zweiten Mal vergeben (*South China Morning Post online edition* 4.10.2004; www.lettre-ulysses-award.org).
- ◆ Die Zahl der **Chinesen, die in Armut leben**, ist seit Beginn der Öffnungspolitik im Jahre 1979 zum ersten Mal wieder angestiegen. 2003 erhöhte sich die Zahl der Personen, die weniger als 637 *Yuan* (ca. 63 Euro) im Jahr – die von Beijing festgelegte Armutsgrenze – verdienen, um 800.000. Nach offiziellen Angaben leben 29 Mio. Menschen in China in Armut. Nach Schätzungen der Weltbank, die von einem Existenzminimum von einem US-Dollar pro Tag ausgeht, beträgt die Zahl der in Armut lebenden Menschen etwa 200 Mio. Bei einer Konferenz zum Thema Armutsbekämpfung in Shanghai im Mai 2004 wurde China dafür gelobt, seit 1979 400 Mio. Menschen aus der Armut geholfen zu haben (*Far Eastern Economic Review FEER* 29.07.2004).
- ◆ In einer von der Regierung veranlaßten landesweiten Untersuchung wurde festgestellt, daß den **Wanderarbeitern in China Lohnkosten in einer Höhe von 360 Mrd. Yuan geschuldet** werden. Auf 124.000 Baustellen im Land wird der Lohn regelmäßig zu spät oder gar nicht ausbezahlt (*FEER* 2.09.2004).
- ◆ Die **Bestimmungen für Pfandhäuser** in China sollen verschärft werden. U. a. soll das zur Eröffnung eines Pfandhauses nötige Grundkapital von derzeit 3 Mio. *Yuan* auf 5 Mio. *Yuan* angehoben werden, um die geschäftlichen Risiken in diesem Finanzsektor zu begrenzen. Die mehr als 1.300 Pfandhäuser landesweit spielen eine zunehmend wichtige Rolle auf dem chinesischen Fi-

nanzmarkt. Ihre Kunden sind zu mehr als 90% Einzelpersonen, vorwiegend Privatunternehmer. Für sie ist es schneller und unbürokratischer, Geld von einem Pfandhaus zu bekommen als einen Bankkredit. Verpfändet werden u.a. Schmuck, Antiquitäten, Haushaltsgeräte und überschüssige Lagerbestände, aber auch Autos und Häuser. Pfandhäuser, die im vorkommunistischen China zum Stadtbild gehörten, wurden in den 1950er Jahren als ausbeuterische Institutionen abgeschafft und tauchten erst in den 1980er Jahren wieder auf (*China Daily* 12.07.2004).



Nächtliche Pfänderversteigerung in Shanghai, im Hintergrund ein Pfandleihhaus mit dem Schriftzeichen *dang* (Pfand).
Holzschnitt von DAVID LUDWIG BLOCH, Shanghai, 1940er Jahre.

◆ Mit **Prämien für Kinderlosigkeit** will China seine Politik der Familienplanung insbesondere in ländlichen Gebieten um ein wirksames Instrument verstärken. Die staatliche Kommission für Bevölkerung und Familienplanung plant, in zunächst 15 Provinzen und Kreisen Bauern, die kinderlos sind oder nur ein oder zwei Kinder haben, ab dem 60. Lebensjahr mit 600 *Yuan* jährlich zu belohnen. Diese Prämien sollen später im ganzen Land eingeführt werden (*Xinhua* 4.08.2004).

◆ Nach Angaben der Städtischen Kommission für Erziehung in Beijing ist im neuen Schuljahr der **Besuch einer öffentlichen Schule** für weitere 20.000 **Kinder von Wanderarbeitern** in der Stadt möglich. Damit würden 83% aller schulpflichtigen Kinder dieser Bevölkerungsgruppe öffentliche Schulen besuchen. Trotz dieser zunehmend besseren Zugangsmöglichkeiten zu staatlichen Schulen ziehen es viele Wanderarbeiter vor, ihre Kinder auf private Schulen zu schicken. Diese sind zwar oft nicht anerkannt, verlangen aber wesentlich niedrigere Schulgelder (*China Daily* 13.07.2004).

◆ Eine Untersuchung des chinesischen Gesundheitsministeriums in 22 Provinzen ergab, daß 12,97% der **Kinder und Jugendlichen** Verhaltensprobleme haben und daß 16% der Schüler an weiterführenden Schulen unter Beklemmung, Angst, nervöser Erschöpfung oder Depression leiden. Die **psychischen Probleme** bedrohten die Entwicklung der menschlichen Ressourcen Chinas, sagte Vizegesundheitsminister ZHU QINGSHENG am 10. Oktober. China werde sich bemühen, diesem Trend entgegenzuwirken (*Xinhua* 10.10.2004).

◆ Die Stadt **Shanghai** plant ein **Eingreifzentrum** für psychische Krisen, in dem Psychologen, Krankenhäuser, Polizei und Feuerwehr gemeinsam Selbstmorde verhindern wollen. Neben einem Telefonnotruf und einer Webseite ist die Überwachung der U-Bahnstationen geplant, da immer mehr Menschen dort Selbstmord begehen – allein sieben in der ersten Hälfte des Jahres 2004. Das geplante Zentrum soll auch die Gründe für **Selbstmord unter Jugendlichen und Kindern** erforschen. Einer neueren Studie zufolge haben 24% der Jugendlichen Shanghais schon einmal an Selbstmord gedacht, 5,58% haben Selbstmord geplant, 1,7% haben fehlgeschlagene Selbstmordversuche hinter sich (*China Daily* 6.07.2004).

◆ **Behinderte** haben es in China immer noch schwer, zum **Studium an einer Universität** zugelassen zu werden. Auch wenn sie die für die Einschreibung nötige Punktzahl bei der nationalen Aufnahmeprüfung für Universitäten erzielen, wird ihre Bewerbung um einen Studienplatz häufig trotzdem zurückgewiesen. Dies geschieht zumeist mit der Begründung, sie hätten das falsche Studienfach oder die falsche Universität gewählt. So wurde nach einem Bericht in *China Daily* über behinderte Studienbewerber in der südchinesischen Provinz Guangdong ein Bewerber für das Medizinstudium zurückgewiesen, der auf einem Auge blind ist, weil man ihm trotz seines guten Abschneidens bei der Aufnahmeprüfung die Fähigkeit zu einem erfolgreichen Studium und die Möglichkeit, später in einem medizinischen Beruf zu arbeiten, absprach. – In der Provinz Guangdong gibt es bisher keine spezielle Universität für Behinderte, wie dies z.B. in Beijing, Tianjin oder Changchun (Provinz Jilin) bereits der Fall ist (*China Daily* 29.07.2004).

◆ Im August diesen Jahres hat **China** eine „**Green Card**“ für **Ausländer eingeführt**, deren Inhabern permanentes Aufenthaltsrecht im Land eingeräumt wird. Vier Zielgruppen können sich um diese „Green Card“ (chin. *Waiguoren yongjiu julizheng*) bewerben: ausländische Staatsbürger, die hochrangige Posten in Wirtschaftsunternehmen in China bekleiden, die bedeutende Direktinvestitionen im Land getätigt haben, die sich besondere Verdienste um China erworben haben, und ausländische Personen, die in China Familie haben; die Hürden sind also relativ hoch. Die Inhaber einer „Green Card“ benötigen keine Visa mehr für die Ein- und Ausreise. Nach offiziellen Statistiken leben und arbeiten mehr als 440.000 Ausländer in China, 55.000 allein in Beijing (Stand Ende 2002). – Ob und inwieweit diese Regelung die Zusammenarbeit der Religionen und Kirchen mit ausländischen Partnern erleichtern wird, ist bis jetzt unsicher (*Beijing Review* 2.09.2004; *China Daily* 24.08.2004).

◆ **Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)** reisten vom 4. bis 17. Oktober 2004 **nach China**. An der Spitze der Delegation stand der Ratsvorsitzende Bischof WOLFGANG HUBER. Im Mittelpunkt der Gespräche stand u.a. das Verhältnis Staat – Kirche. Stationen der Reise waren Hongkong, Beijing, Guiyang, Nanjing und Shanghai. Bereits 1985 und 1998 hatten Delegationen der EKD die Volksrepublik China besucht.

◆ Vom 18.–28. November 2004 war auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung eine **Delegation chinesischer Bischöfe** zu einem **Studienseminar in Deutschland**. Die Delegation setzte sich aus

den folgenden Teilnehmern zusammen: Bischof HUO CHENG, Diözese Fenyang (Shanxi); Bischof LI JIANTANG, Diözese Taiyuan (Shanxi); Bischof YU RUNCHEN, Diözese Hanzhong (Shaanxi); Koadjutor LU XINPING, Diözese Nanjing (Jiangsu); Koadjutor ZHAN SILU, Diözese Mindong (Fujian); Rev. LI JING, Vizerektor des Nationalen Priesterseminars in Beijing; Rev. LIU CHANGSHUI, Mitglied im Sekretariat der Bischofskonferenz. Die Delegation hielt sich bei den Missionsbenediktinern in Sankt Ottilien und Münsterschwarzach auf und machte Besuche u.a. in Augsburg, München, Köln und Sankt Augustin.

♦ Vom 22. Oktober bis zum 6. November 2004 besuchte auf Einladung der Ferdinand Verbiest Foundation in Leuven eine weitere **Delegation chinesischer Bischöfe Belgien**. Auch dort absolvierten sie ein Studienseminar. Die Delegation umfaßte die folgenden Personen: Bischof CAO XIANGDE, Diözese Hangzhou (Zhejiang); Bischof FENG XINMAO, Diözese Hengshui/Jingxian (Hebei); Bischof HAN JIDE, Diözese Pingliang (Gansu); Bischof JIN DAOYUAN, Diözese Lu'an (Shanxi); Bischof LI LIANGUI, Diözese Cangzhou/Xianxian (Hebei); Bischof TAN YANQUAN, Diözese Nanning (Guangxi); Bischof ZHANG HANMIN, Diözese Jilin; Fr. CUI QINGQI, Diözese Wuhan (Hubei); Fr. GUO JINCAI, Chinesische Bischofskonferenz; Fr. ZHAO JIANZHANG, Diözese Tianshui (Gansu); Herr LIU BAINIAN, Generalsekretär der Patriotischen Vereinigung; Herr ZHOU TAILIANG (Übersetzer).

B. HOSTER, K. WENZEL-TEUBER, R. MALEK, K. FEITH

„Fallbeispiel“ China

Ökumenische Beiträge zu Religion, Theologie und Kirche im chinesischen Kontext

Herausgegeben von ROMAN MALEK

Steyler Verlag, Nettetal 1996 ♦ 693 S.
ISBN 3-8050-0385-4

Aus dem Inhalt: China: „Fallbeispiel“, „Gegenbild“, „Testfall“. Eine Einführung (mit China-Schrifttum von Justus Freytag, Hans Waldenfels und Bernward H. Willeke) (ROMAN MALEK S.V.D.) • Aus der Geschichte der Begegnung des Christentums mit China (JOST ZETZSCHE, CLAUDIA VON COLLANI, KARL JOSEF RIVINIUS S.V.D., LIU CIXIN, YANG JIANLONG, RICHARD R. DEUTSCH, GEORG EVERS, XIU HAITAO) • Gestalten der Begegnung und des Dialogs (ZBIGNIEW WESOŁOWSKI S.V.D., MATTHIAS CHRISTIAN S.V.D., ARNOLD SPRENGER S.V.D.) • Herausforderungen heute (CARSTEN HERRMANN-PILLATH, ZHOU HE, STEPHAN PUHL) • „Die Religionsfrage“ (ZHUO XINPING, CHEN SHUNXIN, FANG LIZHI, THADDEUS HANG, ANGELO S. LAZZAROTTO P.I.M.E., WINFRIED GLÜER) • „Testfall“ des Glaubens: Theologie und Kirche im heutigen China (PHILIP L. WICKERI, CLAUDIA WÄHRISCH-OBLAU, ROBERT J. SCHREITER C.P.P.S., ALOYSIUS B. CHANG S.J., GEOFFREY KING S.J., STEPHEN LEE, LUIS GUTHEINZ S.J., GOTTHARD OBLAU, Erzabt NOTKER WOLF O.S.B., MANFRED PLATE).

Bestellungen über den Buchhandel oder:
STEYLER VERLAG, Postfach 24 60, D-41311 Nettetal
Tel.: 02157/12 02 20 ♦ Fax: 02157/12 02 22
E-Mail: verlag@steyler.de

Neue Kirchen in der VR China (17)



Katholische Kirche im Dorf Disan, Diözese Hengshui (Hebei). In dem Dorf leben überwiegend Neukatholiken. Foto: J. LUO.



Kirche zur Unbefleckten Empfängnis Mariens in Jinjiayang, Stadtteil Pudong, Shanghai. Foto: Diözese Shanghai.



Katholisches Urnenhaus in Xishan, Diözese Nanchong (Sichuan). Foto: KATHARINA FEITH.